

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Wie habt Ihr das gemacht?



«Wir lassen Basel nicht links liegen»: mit diesem zügigen Slogan unterstrich die Basler FDP während rund 15 Monaten ihren politischen Kurs.
(Photo Urs Zimmer, Basel)

Die Stadtbasler FDP schaffte es sowohl bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 1991 als auch bei den kantonalen Parlaments- und Regierungsratswahlen im Januar 1992, Mandats- und Stimmengewinne zu verbuchen. Wie habt Ihr das gemacht? mögen sich Freisinnige, die in ihren Kantonen weniger erfolgreich waren, gefragt haben. Im Sinne des Gedankenaustausches bat der «Freisinn» den Parteipräsidenten der Basler FDP, Adolf Bucher, um Einblicke in seine Erfolgsstrategie.

AMK. Erfreuliches für den Freisinn ist aus der Nordwestecke der Schweiz zu berichten. Sowohl im Kanton Baselland als auch im Kanton Baselstadt zeigt der Trend für die FDP nach oben. Die FDP Baselland legte bei den kantonalen Wahlen im März 1991 einen Sitz zu, gewann ein Regierungsratsmandat zurück und erhöhte bei

den eidgenössischen Wahlen ihren Stimmenanteil.

Gleiches gilt für die Stadtbasler FDP. Ihr gilt in diesem «Freisinn» unser Augenmerk: Im Januar 1992 steigerte die FDP BS bei den kantonalen Wahlen ihren Wähleranteil von 13,9 auf 15,2 Prozent und gewann dadurch zwei Sitze. Ihre beiden Regierungsräte wurden im ersten Wahlgang gewählt.

Auch wenn die Verhältnisse von Kanton zu Kanton verschieden sind, so ist es doch interessant zu wissen, wie Freisinnige in anderen Kantonen ihre Erfolge errungen haben. Parteipräsident Adolf Bucher stellt in dieser Ausgabe die – sorgfältig und langfristig vorbereitete – Erfolgsstrategie der Stadtbasler FDP vor.

«Klartext» reden, gute Kandidatinnen und Kandidaten, keine Werbegags, ein striktes Kosten-Nutzen-Denken: das sind neben einem günstigen Wahlumfeld einige Punkte dieser Strategie.

Lesen Sie ab Seite 7.

Siebzig Jahre jung



AMK. Wir gratulieren! Am 14. Januar 1992 feierte Hans Rudolf Leuenberger seinen siebzigsten Geburtstag. 34 Jahre lang, von 1954 bis 1988, leitete er als umsichtiger Generalsekretär die Geschichte der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. Sein Nachfolger, Christian Kauter, überbringt ihm die Glückwünsche auf Seite 5. Auf Seite 6 sehen Sie Bilder aus dem Photoarchiv der FDP, kleine Einblicke in eine jahrzehntelange Tätigkeit.
(Photo ruti)

Inhalt

- Ein Volkswirtschaftler und ein Jurist stellen fest, dass die Steuerzahler einen Anspruch auf staatliche Effizienz haben. Lesen Sie ab Seite 10
- Die Berner Ständerätin Christine Beerli eröffnet eine Serie, in der die freisinnigen eidgenössischen Mandatsträgerinnen vorgestellt werden. Lesen Sie ab Seite 13

Nur die Unbeständigkeit ist beständig

Im April oder Mai wollen Israeli, Araber und Palästinenser über einen möglichen Frieden weiterverhandeln. Nach der Eröffnungskonferenz im Oktober in Madrid und der Fortsetzung im Dezember in Washington war Moskau im Januar der Verhandlungsort. Diese dritte Runde ging eindeutig an die Israeli, weil die Syrer und mit ihnen im Schlepptau die Libanesen gar nicht erschienen waren, und auch die Palästinenser blieben dem dritten Anlauf fern.

Jacques Baumgartner

Der amerikanische Aussenminister, James Baker, hatte das Kunststück zustande gebracht, erstmals Israeli, Araber und Palästinenser an den Verhandlungstisch zu bringen. Im Oktober waltete die Sowjetunion noch als Mitsponsor der Konferenz, deren blosser Eröffnung schon weltweit die Hoffnung hatte aufkeimen lassen, der nahöstliche Dauerkonflikt werde bald beendet sein. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Ihre Rolle als Co-Schirmherr hat Russland übernommen, aber der russische Präsident als Gastgeber, Boris Jelzin, war in Moskau gar nicht zugegen gewesen. Ihn bedrückten andere Sorgen.

Wasser: die entscheidende Frage

Auch in der arabischen Welt wurde die Moskauer Runde kaum noch beachtet. Und dabei ging es nicht um «klassische Streitpunkte» wie Grenzen oder Anerkennung, sondern um langfristig den Frieden entscheidende Fragen wie Wasser, Rüstungskontrolle, Flüchtlinge und Handel.

Gerade Wasser, das im gesamten Nahen Osten immer knapper wird, könnte eines Tages den nächsten Krieg gebären, und zwar nicht unbedingt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, sondern zwischen Arabern und Arabern.

Wasser ist die Zeitbombe. Ein Szenario sieht den nächsten Nahostkrieg im November 1993 – um Wasser – ausbrechen. Die Iraker stossen ins Euphrattal vor, um eine syri-

sche Wasserblockade zu brechen. Die Syrer antworten mit massiven Raketenangriffen auf Bagdad. Derweil prellen israelische Panzer nach Syrien und Jordanien vor, um die Jarmuk- und Jordanwasser zu schützen. Und in Ägypten eröffnen Soldaten das Feuer auf von islamischen Fundamentalisten angeführte Fellachen (Bauern), die den Präsidentenpalast in Kairo zu stürmen versuchen. Der Grund des Aufruhrs ist Wasserknappheit (der Nil führt jedes Jahr weniger Wasser).

Unlängst «propheszeiten» König Hussein von Jordanien, der Kampf um Wasser sei der einzige Anlass, den er sich für einen Konflikt mit Israel vorstellen könne. Um Wasser war es 1990 zu einem heftigen politischen Streit zwischen Damaskus und Ankara gekommen. Syrien protestierte, als die Türkei einen Monat lang die Euphratwasser nicht abfliessen liess, um einen riesigen Stausee aufzufüllen. Und eine «strategische Überlegung» im Krieg zur Befreiung Kuwaits war gewesen, den Euphrat zu stauen und so den Irak einfach «auszutrocknen».

Mit seiner «Abstinenz» in Moskau wollte Syrien offenbar seine Vormachtstellung im arabischen Lager demonstrieren, denn ohne Damaskus kann es keine Rüstungskontrolle und keine Wasserabsprache geben; Syrien kontrolliert einen Teil des Euphrat und Quellen des Jordan.

Enttäuschung

In Moskau sind die Friedensaussichten (noch) nicht eingefroren, aber bei den Menschen in der arabischen Welt, vor allem unter den Palästinensern im israelisch besetzten Gazastreifen und im Westjordan-

land, wachsen Enttäuschung und Niedergeschlagenheit. Es war gehofft worden, die Amerikaner zwingen den Israeli Zugeständnisse ab. Noch ist das nicht der Fall. In Israel wird im Juni vorzeitig ein neues Parlament (Knesset) gewählt werden, und Ministerpräsident Yitzhak Shamir muss sich, aus wahltaktischen Gründen, stark und unnachgiebig geben, zumal ihn sein parteiinterner Rivale Ariel Sharon attackiert. Als Wohnbauminister will Sharon noch mehr Siedlungen in besetztem Gebiet errichten.

Zur Niedergeschlagenheit der Palästinenser trägt auch der Zerfall der Sowjetunion bei. Von der Exsupermacht war erwartet worden, sie werde die Belange der Araber gegenüber Israel mit Nachdruck vertreten. Der irakische Diktator, Saddam Hussein el-Takriti, ist ebenfalls, für den Augenblick zumindest, kein Hoffnungsträger mehr. Aber sein Ansehen steigt wieder, dies im Unterschied zu jenem der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Die PLO scheint derzeit gelähmt zu sein. Im Kampf gegen Israel konnte sie bis anhin die Einheit wahren. Aber heute ist die PLO gefordert, ein konkretes Programm zur Lösung der vielen Einzelfragen vorzulegen. Das gelingt ihr offenbar nicht, und immer mehr Palästinenser wenden sich von ihr ab. Davon profitieren die islamischen Fundamentalisten, die ungeahnten Zulauf erhalten.

Internationale Erfolge für Israel

Unterdessen sonnt sich Shamir im Lichte internationaler Erfolge, die ihm auf dem diplomatischen Felde in den Schoss fielen. Nach Russland und China hat jetzt auch Indien als letzter der grossen Staaten volle diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Die Israeli nennen unter anderem folgende Gründe für die völkerrechtliche Anerkennung durch politische Gegner von gestern:

● Sicherung eines Mitspracherechts bei der Nahost-Frie-

denkonferenz beziehungsweise bei deren Nachspiel.

● Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Jerusalem: die USA sind der Schutzherr Israels, und sie spielen die beherrschende Rolle bei der Schaffung der «Neuen Weltordnung».

● Die politische Schwäche des zwischen pro- und antiwestlichen Staaten gespaltenen arabischen Lagers, besonders die wirtschaftliche Schwäche der früheren prosovjetischen arabischen Mitläuferregime.

● Israels militärische Stärke und Besitz (?) von Nuklearwaffen. Besässe auch ein arabischer oder muslimischer Staat einsatzfähige Nuklearwaffen, wäre der Weltfrieden noch erheblich ernsthafter gefährdet als während der Jahre des kalten Krieges. Das erkläre den «plötzlichen Wunsch» der Europäischen Gemeinschaft (EG), jenen China und Indiens, als Beobachter an der Nahost-Friedenskonferenz doch noch dabeizusein.

● Es bestehen auch bilaterale Interessen. Israelische Wissenschaft und Technologie, im Bereich der Landwirtschaft und der Rüstung, sind begehrt.

Hoffnung und Chance für den Nahost-Friedensprozess bestehen vielleicht darin, dass aus den vorzeitigen Wahlen Shamirs Likudblock als Sieger hervorgeht. Dann könnte Shamir unbelastet von ultrarechten Parteien die Regierung bilden, und es könnte sich wie schon unter Menachem Begin 1979 bewahrheiten, dass nur eine starke nationalistische Regierung in Israel letztlich Frieden schliessen kann.

Aber noch gilt, dass im Nahen Osten nur die Unbeständigkeit beständig ist. Ein Terroranschlag oder eine allzu harsche Reaktion der israelischen Armee genügen, um das Gleichgewicht zwischen Pragmatikern und Extremisten sowohl im israelischen als auch im arabisch-palästinensischen Lager zu erschüttern. □

Elisabeth Thürer Senn: Sie *denkt* sich fit

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Ausbreitung des demokratischen Staatsgedankens, zugeschnitten auf die jeweilige politische Gemeinschaft.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Das Nord-Süd-Gefälle und die dadurch ausgelöste Völkerwanderung Richtung Europa.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die offenbar nun mögliche Kernfusion anstelle der Kernteilung als neue, umweltverträgliche Energiequelle – Den Fernseher.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Der Hang der Schweizer zum Konkreten, Machbaren, Nützlichen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Unzufriedenheit vieler Zeitgenossen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nun über die Minderheiten möglich?»

Der Gedankengang ist unvollendet: Jeder kulturelle Fortschritt beruht auf dem Individuum.

Warum sind Sie bei der FDP?

Anfangs wohl auch aus Familientradition, heute in der Überzeugung, dass vorab die FDP Individualität und Qualität auch tatsächlich garantiert.



Die Grüne Kantonsrätin Marlis Braun (rechts) und die Frauenfelder Bezirksgerichtspräsidentin und FDP-Kantonsrätin Brigit Hänzi gratulieren Elisabeth Thürer zu ihrer Wahl als erste ordentliche weibliche Richterin am Thurgauer Obergericht. (Photo SBZ)

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Hans Dietrich Genscher.

Zivilcourage, Offenheit, Aufrichtigkeit und Humor.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Die enormen gesellschaftlichen Veränderungen durch die Gleichstellung der Geschlechter in diesem Jahrhundert.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?



Sichtlich wohl fühlt sich Elisabeth Thürer inmitten von FDP-Fraktionsvizepräsident Peter Lindt, Kreuzlingen (links), und FDP-Kantonalpräsident Hansjörg Lang. (Photo SBZ)

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Nicht «abschalten» können – Phantasie und Bündner «Grantschädel».

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Allah ist mit den Standhaften» von Peter Scholl-Latour.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich *denke* mich fit.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Archäologie und Kunstgeschichte studieren.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Die Herren Kellenberger und Blankart, weil sie trotz Widerstand mit grossem Geschick die Schweiz über den EWR Richtung EG zu führen suchen. □

Kurzbiographie

Elisabeth Thürer Senn

Zur Person: Geboren am 20. September 1953, verheiratet mit Alfred Senn, Dr. iur., Rechtsanwältin, Präsidentin der Pro Infirmis Thurgau.

Alter: 38½

Berufliche Stationen: juristische Mitarbeiterin Kanton Thurgau, Gerichtsschreiberin Verwaltungsgericht, jetzt erste ständige Oberrichterin.

Politischer Werdegang: Vorstandsmitglied des Vereins freisinniger Frauen Frauenfeld, seit Mai 1987 Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Frauenfeld, seit 1991 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Liebste Tätigkeit: Katzen streicheln und Zimmerpflanzen hegen.

Professor Karl Schmid – ein Vordenker der heutigen Schweizer Europapolitik

Selten hat ein politisches und wirtschaftliches Thema die schweizerische Öffentlichkeit derart beschäftigt wie die zurzeit überaus aktuelle Europapolitik. Dieses für unser Land so zentrale Problem wird aber hierzulande nicht erst seit der denkwürdigen Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors vom 17. Januar 1989 diskutiert, sondern beschäftigte schon viel früher verschiedenste Kreise, so unter anderem den damaligen ETH-Professor und Rektor Karl Schmid. Er veröffentlichte vor 25 Jahren sein Buch «Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung», das unlängst neu aufgelegt wurde. Auch Ansprachen und Aufsätze Schmidts aus jener Zeit zum Thema Europa sind kürzlich erschienen.

Professor Hans Künzi*

Was damals Professor Karl Schmid, der während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit auch Berater des Bundesrates in Sicherheitsfragen war, vor mehr als einem Vierteljahrhundert zu diesem heute so brennenden Fragenkomplex in Wort und Schrift festgehalten hat, ist auch heute noch höchst aktuell.

Schmid hat all die zentralen Probleme und Schwierigkeiten einer Schweizer Europapolitik, mit denen sich gegenwärtig unsere interessierten Kreise beschäftigen und abmühen, schon damals weitgehend erkannt oder vorausgesehen und

* Ehemaliger Volkswirtschaftsdi- rektor und Nationalrat, Zürich.

dabei versucht, mögliche, für unser Land vertretbare und konsensfähige Lösungen zu skizzieren. Diese Überlegungen stehen jetzt wieder im Zentrum der oft recht emotional geführten Diskussionen.

Unabdingbare Forderungen

Der Humanist und Realpolitiker Schmid konnte sich weder mit dem Rationalismus der Aufklärer – das wären wohl im weiteren Sinne die heutigen bedingungslosen Befürworter eines raschen EG-Beitritts – noch mit dem irrational romantisch anmutenden Leitbild der Gegner befreunden. Für ihn hat sich die Schweiz, und diese Überlegung scheint sich in der gegenwärtigen Diskussion immer deutlicher durchzusetzen, in einem föderalistisch aufgebauten Europa zu integrieren,

in dem die Ehrfurcht vor dem organisch und geschichtlich Gewachsenen sich verbinden soll mit der Einsicht in die Notwendigkeit eines grösseren Verbandes.

In diesem Sinne setzt er sich klar und unmissverständlich für eine europäische Einigung und für die Überwindung eines antiquierten Nationalismus ein, betont aber gleichzeitig, dass die Verwirklichung eines solchen Europas eine langwierige Aufgabe darstelle, an der mehrere Generationen arbeiten müssen.

Diese Überlegungen decken sich recht gut mit den gegenwärtigen Zielsetzungen des Bundesrates, der bekanntlich rasch einen EWR-Vertrag realisieren möchte und als Fernziel den EG-Beitritt sieht.

Nach Schmid darf, um es nochmals festzuhalten, Europa seinen unverwechselbaren Charakter, d. h. die Vielfalt verschiedener Nationen, Rassen, Sprachen, Kulturen und Lebensformen, nicht verlieren, denn nicht nur die Leistungsfähigkeit soll zählen, sondern eben jene Vielfalt, die für die schöpferische Kraft dieses Kontinents charakteristisch sein muss.

Elemente der Nation

Die oft laut werdende Meinung, wonach internationale Kooperation an die Austilgung der bestehenden Staaten gebunden sei, stehe auf schwachen Füßen. Es sollte, wiederum nach Schmid, möglich sein zu zeigen, dass eine künftige föderalistische Weltstruktur an

die Elemente der Nation gebunden bleibt.

Keine internationale und vollends keine supranationale Institution hebt diese Elemente auf; sie sind im Gegenteil daran gebunden. Dass man zu einer Gemeinde gehören will, meint Schmid etwas hämisch, beweist man nicht dadurch, dass man das eigene Haus schleift.

Die Schweiz muss sich entscheiden

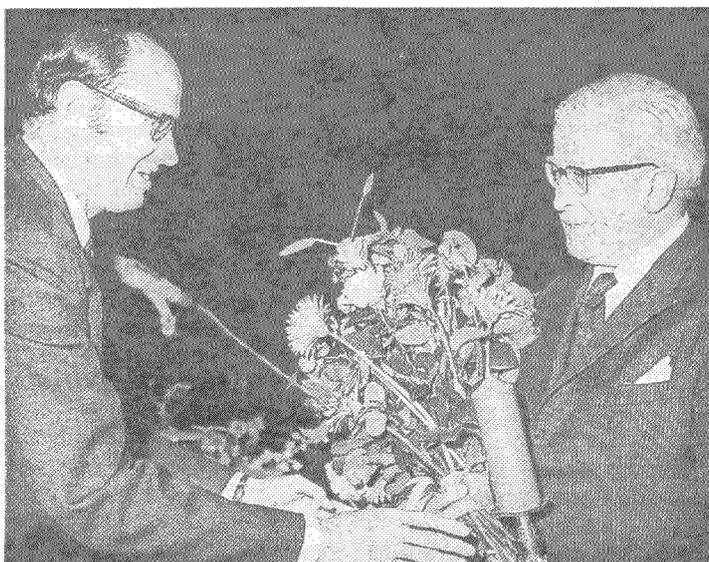
Bei den heutigen Diskussionen pro und contra EWR beziehungsweise EG oder Alleingang tun wir gut daran, uns nochmals an Karl Schmidts mahnende Worte zu erinnern, wenn er uns sagt, dass wir Schweizer so oder so nicht alles haben können, ein Maximum an Selbstbestimmung, ein Maximum an Erweiterung der Märkte, ein Maximum an Selbständigkeit des Staates und an Freiheit des Einzelnen. Vielmehr meint Schmid, dass wir uns zu gegebener Zeit entscheiden müssen, welchen Preis wir zu bezahlen bereit sind.

Es ist zu hoffen, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer dereinst Ja sagen können zu einer europäischen Einigung, in der für unser Land nach den Worten Karl Schmidts gilt: «Wir wollen so zusammen bleiben, wie wir jetzt zusammen sind, wir wollen nicht mehr und nicht weniger als diesen kleinen Staat, ein festes Haus, mit offenen Türen gegen unsere Nachbarn und mit weiten Fenstern gegen die Welt hin.» □

Hinweis auf die Neuerscheinungen:

● Karl Schmid: Die Schweiz zwischen Tradition und Zukunft. Ansprachen und Aufsätze aus 25 Jahren. Mit einem Nachwort von Sigmund Widmer und einem Anhang: Karl Schmid und Max Frisch: Gespräch über die Schweiz. 210 Seiten. Rothenhäusler/Novalis, 1991. Fr. 34.–

● Karl Schmid: Die geistigen Grundlagen des heutigen Deutschland. Der Winterthurer Vortrag. 48 Seiten. Rothenhäusler-Verlag, 1991. Fr. 16.50.



ETH-Professor Karl Schmid erhielt zahlreiche Auszeichnungen. 1972 überreichte ihm der damalige Zürcher Stadtpräsident Sigmund Widmer (links) die städtische «Auszeichnung für kulturelle Verdienste». (Photo Keystone)



Am 14. Februar dieses Jahres feierte Hans Rudolf Leuenberger seinen siebzigsten Geburtstag. 34 Jahre lang leitete er als umsichtiger FDP-Generalsekretär die Geschicke der Partei. Links sehen wir ihn im Kreise seiner Familie, neben seiner Frau Ruth Leuenberger, als die Partei 1979 ihr 25-Jahr-Jubiläum feierte, rechts an einem seiner zahlreichen Auftritte im Dienste der FDP. (Photos Archiv FDP)

Die FDP pulsiert in seinen Adern

Zum siebzigsten Geburtstag von Hans Ruedi Leuenberger.

**Generalsekretär
Christian Kauter**

Fernab vom Pulsschlag der Politik, in seiner zweiten Heimat im Saanenland, feierte am 14. Januar 1992 Hans Ruedi Leuenberger seinen siebzigsten Geburtstag. Und wie immer, wenn es um seine Person ging, zog er sich auch beim Schritt ins achte Dezennium in den Kreis seiner Familie zurück. Unbemerkt blieb das Jubiläum trotzdem nicht. Zahlreiche Freunde und Bekannte hatten es in ihren Kalendern vorgemerkt. Und weil sich unter den Gratulanten auch Medienleute befanden, wurde das Ereignis publik. Was Folgen hatte: Wer HRL – wie er unter Politinsidern genannt wird – am Festtag die Glückwünsche telefonisch übermitteln wollte, musste sich in Geduld üben. Vernahm man nach Stunden des Wartens des Jubilars Stimme aus der Hörmuschel, so spürte man es sogleich: HRL

ist der alte geblieben – besser: HRL ist der nimmermüde Junge geblieben! Er liess einem kaum Zeit, die herzlichen Glückwünsche zu formulieren. Sofort lenkte er von seiner Person ab und kam auf das zu sprechen, was ihn schon immer elektrisiert hat: die Politik. Er lebt mit dieser Haltung etwas vor, das in einer Zeit, da die Politik zur Show zu verkommen droht, dringend nötig ist: Die Sache gehört in den Vordergrund, nicht der Akteur.

Über 33 Jahre hat Hans Ruedi Leuenberger als umsichtiger Generalsekretär seine Kräfte in den Dienst seiner guten Sache, seiner FDP, gestellt. Massgeblich hat er dazu beigetragen, dass die FDP heute die mitgliederstärkste Partei des Landes ist und in der Bundesversammlung die grösste Fraktion stellt. 13 Bundesräten hat er in die Steigbügel geholfen, 8 Parteipräsidenten unterstützte er unauffällig, aber tatkräftig im Bemühen, das FDP-Schiff durch die oft hochgehenden Wogen der Politik zu steuern. 9 eidgenössische Wahlkämpfe fielen in seine Amtszeit, unzählige Abstimmungskämpfe hat

er geführt – mit durchschlagendem Erfolg.

Wer in der schweizerischen Politik und im FDP-Generalsekretariat nach 33 Jahren in die Fussstapfen von HRL tritt, hat es nicht eben leicht. Jede Bewegung wird am Schrittmass seines Vorgängers gemessen und verglichen mit den menschlichen und fachlichen Fähigkeiten von HRL, die zwei Politikergenerationen schätzten. Denn Hans Ruedi war weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannt. Das spürt sein Nachfolger fast täglich. Überall stehen Erbstücke von Hans Ruedi Leuenberger herum – nicht nur im Generalsekretariat und in der Fraktion, sondern auch in Verwaltung und Partei. Immer wieder hat man auch Fragen zu beantworten: Wie geht es ihm? Was macht er? Unvergessen sind seine Offenheit, seine Herzlichkeit, sein politisches Fingerspitzengefühl, seine Loyalität und Integrität, seine Diskretion, seine Vermittlerfähigkeit und sein Verständnis für die Bedürfnisse der Romands und Tessiner. Die langen Schatten sind für seinen Nachfolger indessen nicht beunruhigend.

Denn er weiss, dass er stets auf Rat und Hilfe von Hans Ruedi Leuenberger zählen darf.

Ich habe mit dem Jubilar und seiner charmanten Gattin einige Tage vor seinem Fest zu Mittag gegessen. Nichts ausser dem unerbittlichen Kalender legte die Idee nahe, dass er in wenigen Tagen eine so wichtige Altersschwelle überschreiten würde. Auch der Tischnachbar, der einige Gesprächsfetzen mitbekam, hat sich wohl täuschen lassen. Er nahm kaum wahr, dass zwischen uns beiden eine Generation steht. Mit dem Elan des Tatkräftigen, mit der ihm eigenen politischen Sensibilität und Distanz analysierte HRL die eidgenössischen Wahlen vom letzten Herbst. Man spürte es: Die Politik pulsiert in seinen Adern, die FDP, *seine* FDP ist sein Lebenselixier. Es erhält jung und dynamisch.

Ad multos annos! □

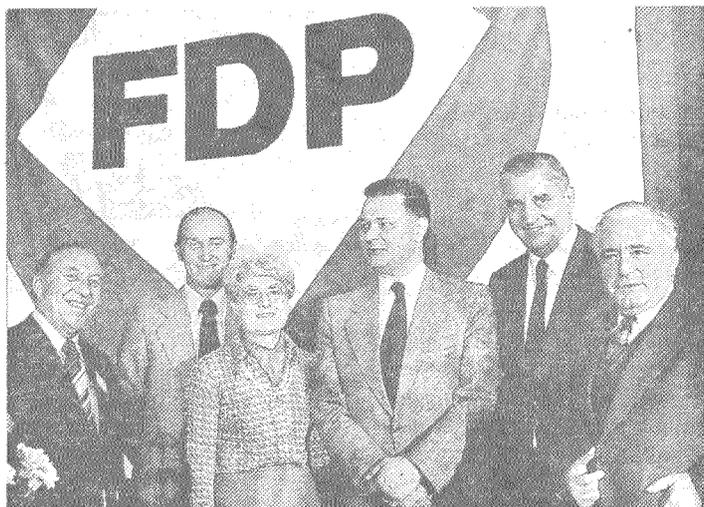
34 Jahre FDP-Generalsekretär: Stationen einer Laufbahn. Photos aus dem Archiv der FDP auf Seite 6.



Santé! Wünscht auch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz.



In der Wandelhalle.



Hans Rudolf Leuenberger mit der Parteispitze von 1979: die Vizepräsidenten Barchi und Ribl, Parteipräsident Richter, die Bundesräte Honegger und Chevallaz (von links).

34 Jahre FDP-Generalsekretär: Stationen einer Laufbahn

Photos aus dem Archiv der FDP



Hans Rudolf Leuenberger an der Medienfront: Links der damalige TV-Journalist und heutige Berner Gemeinderat (Exekutive), Marc Roland Peter.



Hans Rudolf Leuenberger zusammen mit den ehemaligen Bundesräten Ernst Brugger, Rudolf Friedrich und Georg-André Chevallaz. (Photos ruti)



Hans Rudolf Leuenberger in der Fraktion, neben Parteipräsident Richter, Bundesrat Friedrich und dem damaligen Fraktionspräsidenten Nationalrat Jean-Jacques Cevey.

Mit offensivem Klartext auf Erfolgskurs

Entgegen dem allgemeinen FDP-Trend in der übrigen Schweiz konnte die Basler FDP sowohl bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 1991 als auch bei den kantonalen Parlaments- und Regierungsratswahlen vom Januar 1992 deutliche Stimmengewinne für sich verbuchen. Was waren die Gründe für diesen auch für den traditionell «roten» Kanton Basel-Stadt unerwarteten Erfolg der Basler FDP beziehungsweise der bürgerlichen Parteien insgesamt?

**Adolf Bucher,
Parteipräsident
der Basler FDP**

Zwischen 1979 und 1988 musste die Basler FDP einen stetigen Rückgang ihrer Stimmenanteile hinnehmen. Die eidgenössischen und die kantonalen Wahlen 1991/92 brachten jedoch erstmals seit zwölf Jahren wieder eine Trendwende.

«Schallende Ohrfeige für die SP»

In den Nationalratswahlen vom Herbst 1991 stieg der Stimmenanteil der Basler FDP von 11,1 Prozent (1987) auf stolze 15,8 Prozent; das beste Resultat seit 1967. Die FDP ist damit wieder stärkste bürgerliche Partei im Kanton. FDP-Nationalrat Paul Wyss wurde klar bestätigt. Er konnte im Vergleich zu 1987 volle zehn Prozent mehr Stimmen gewinnen.

Dieser Aufwärtstrend bestätigte sich auch bei den kantonalen Wahlen, die jedoch mit einer deutlich stärkeren Kon-

kurrenz – gerade durch neue rechte Parteien (Autopartei und SVP) – zu führen waren. In den Grossratswahlen konnte die FDP ihren Wähleranteil von 13,9 (1988) auf 15,2 Prozent steigern und damit zwei neue Sitze gewinnen.

Noch überzeugender war der Erfolg jedoch bei den Regierungsratswahlen. So wurde der neue FDP-Kandidat Jörg Schild im ersten Wahlgang mit dem zweitbesten Resultat glanzvoll in die Exekutive gewählt. Auch der bisherige FDP-Regierungsrat, Hansruedi Striebel, wurde bereits im ersten Wahlgang ehrenvoll bestätigt. Die Basler FDP hat damit ihre im Frühjahr 1990 formulierten Wahlziele komfortabel erreicht: einen FDP-Nationalratssitz, wieder stärkste bürgerliche Partei in BS, zwei FDP-Regierungsräte im ersten Wahlgang und einen Wähleranteil von 15 Prozent.

Eine schallende Ohrfeige kassierte die SP Basel-Stadt, die in der Regierungsaus-marchung mit einer neuen Kandidatin und zwei bisherigen

Kandidaten angetreten war. Alle drei lagen nach dem ersten Wahlgang deutlich am Schluss der acht einigermassen aussichtsreichen Anwärter. Die SP wurde mit allen ihren «KandidatInnen» in den zweiten Wahlgang verwiesen.

Schlechte Stimmung bei Frau und Herrn Basler

Die Gründe für diese Erfolge der Basler FDP sind vielfältig. Ich möchte einige wenige, jedoch wesentliche herausgreifen.

Schon 1989 spürte die Basler FDP eine allgemeine Verschlechterung der politischen Stimmung innerhalb der Bevölkerung und insbesondere in den bürgerlichen Reihen. Dies veranlasste die Partei, im Sommer 1990 eine repräsentative Meinungsuntersuchung bei der Basler Stimmbevölkerung in Auftrag zu geben.

Die Resultate liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen



Adolf Bucher, der Parteipräsident der Basler FDP, bei der Eröffnung einer Podiumsdiskussion. (Photo ebo)

übrig: Einer verunsicherten Gruppe von traditionell bürgerlichen Wählern – auch FDP-Stammwählern – stand eine recht geschlossene und selbstbewusst Gruppe linker Wähler gegenüber. Gleichzeitig zeigte sich in der ganzen Bevölkerung eine eklatante Unzufriedenheit über eine gesamthaft zerstrittene, kaum mehr innovative Regierung.

Der Basler FDP wurde mit diesem Umfrageergebnis richtig bewusst, dass sie bis zu den Wahlen vergleichsweise viel aufzuholen hatte. Aber wie?

Wieder «Klartext» reden

Auf der Basis der Meinungsuntersuchung formulierte die Parteileitung im Hinblick auf die Wahlen eine letztlich sehr einfache, jedoch praktikable Strategie: Wir wollen mit der Basler Bevölkerung – anstelle der bisherigen eher akademisch-epischen Sprache – wieder einfach und leichtver-



«Dr Schuss isch duss»: Begeistert wird dem neuen FDP-Regierungsrat Jörg Schild (ganz rechts) zu seinem als sensationell zu bezeichnenden Resultat gratuliert. Er schloss als «Neuer» mit dem zweitbesten Resultat ab. Vielen Unkenrufen zum Trotz wurde überdies der bisherige FDP-Regierungsrat Hansruedi Striebel ebenfalls ehrenvoll im ersten Wahlgang bestätigt. (Photo J. Blechschmidt)

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

ständig ins politische Gespräch kommen und dabei unsere Gegner mit «Klartext» in die Pflicht nehmen. Nicht erst drei Monate vor den Wahlen, sondern langfristig gezielt und geplant!

«Wir lassen Basel nicht links liegen!»

Diese Strategie, die schliesslich im zügigen Slogan «Wir lassen Basel nicht links liegen!» ihren Niederschlag fand, konnte nicht von einem Tag auf den andern umgesetzt werden. Sie verlangte – und dies war ein entscheidender Prozess – zuerst ein Umdenken innerhalb der eigenen Reihen. Eine gewisse Skepsis bei den FDP-Mitgliedern über diesen «neuen Ton» war vorerst nicht zu überhören.

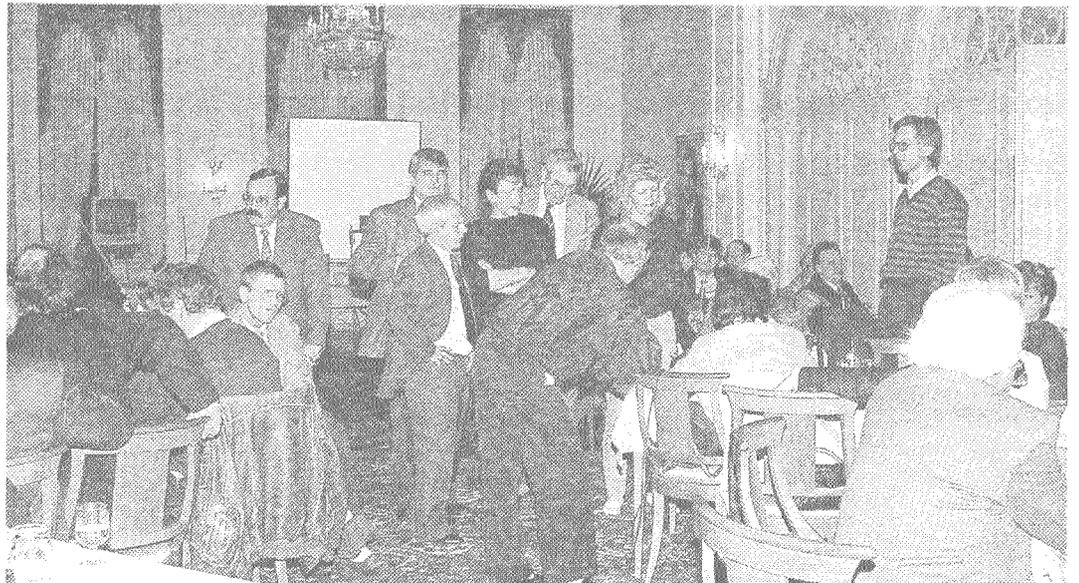
In der ersten Hälfte 1991 traten wir mit dieser neuen Denkweise erstmals sichtbar an die breite Öffentlichkeit. In zwei Plakataktionen – ausserhalb von Wahlen und Abstimmungen – versuchten wir, unsere politischen Anliegen mit zügigen und gegenüber unseren Gegnern angriffigen Slogans an die Frau und an den Mann zu bringen.

Das breite positive Echo auf diesen «Klartext» motivierte nicht nur die FDP-Mandats-träger zu offensivem «Klartext» in der politischen Arbeit, sondern auch die Parteimitglieder und – offensichtlich – auch unsere Stammwählerschaft. Selbst die Medien sprachen von einem «neuen Wind» in der Basler FDP.

Langfristige Gesamtstrategie für beide Wahlen

Die positiven Reaktionen aus dieser Plakataktion führten schliesslich im Juni 1991 zu einer Gesamtwahlstrategie, die sowohl für die eidgenössischen als auch für die kantonalen Wahlen Geltung haben sollte.

Wenige auf die Probleme Basels konzentrierte Wahlthemen klar, leicht verständlich und offensiv vor allem an die bisher eher verunsicherte bürgerliche Wählerschaft hintragen; mit



Wahlnacht der Basler FDP im Café Spitz: Gespannt werden die neuesten, für die FDP zunehmend positiven Resultate am Radio mitverfolgt. (Photo J. Blechschmidt)

einer bis anhin im bürgerlichen Basel ungewohnt deutlichen Abgrenzung gegenüber der Linken.

Sorgfältige Kandidatenauswahl

Besonderes Gewicht wurde ausserdem auf die persönliche Belegung unsere Listen gelegt.

Paul Wyss stieg zusammen mit fünf hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten bestens vorbereitet in den Nationalratswahlkampf.

In der Person von Jörg Schild wurde als Nachfolger für den angesehenen Finanzdirektor Kurt Jenny ein wohl noch recht unbekannter, jedoch klar profilierter Junger

erkoren. Zusammen mit dem ebenfalls «jungen» CVP-Kandidaten Christoph Stutz verkörperte er zweifellos den von der Bevölkerung gewünschten «Macher» in einer zu wenig führenden Regierung.

Der bisherige Regierungsrat Hansruedi Striebel fand bei seiner erneuten Nomination parteiintern, wenn auch nicht ganz diskussionslos, so doch eindeutige Unterstützung (was in seinem Wahleresultat schliesslich bestätigt wurde).

Besonders sorgfältig mussten auch die Grossratslisten vorbereitet werden, galt es doch, für insgesamt 7 zurücktretende FDP-Grossräte profilierte Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden.

Im Frühjahr 1991 wählte der Kanton Baselland sein Parlament und seine Regierung – mit beachtlichen Erfolgen für

die FDP unseres Nachbarkantons. Auch wenn die politischen Verhältnisse in Baselland deutlich stärker bürgerlich geprägt sind, so war dieser FDP-Vormarsch für die Stadtbasler Freisinnigen ein weiterer wichtiger Ansporn, ein Gleiches zu erreichen.

Kleine Budgets auf optimale Wirkung ausgelegt

Die Basler FDP konnte sich in der taktischen Umsetzung der Strategie innerhalb des Wahlkampfes auf ein kleines, aber um so effizienter arbeitendes Wahlkampfteam abstützen, dem weitgehende gestalterische Freiheiten eingeräumt wurden, nachdem die Grundzüge des eigentlichen Wahlkampfes einmal feststanden.

Dies führte in der optischen und sprachlichen Umsetzung während der beiden Wahlkämpfe zu einem immer klar erkennbaren roten Faden – eher konservativ, ohne Werbegags und ohne modische Graphik-ekskapaden.

Das Team war gezwungen, sehr haushälterisch mit den vergleichsweise bescheidenen Budgets umzugehen. Ein striktes Kosten-Nutzen-Denken stand im Vordergrund. So verzichtete die Basler FDP z. B. strikte auf unadressierte Werbematerialstreuung in die Basler Haushaltungen mit ihrem enormen Streuverlust. Statt dessen wurden die wenigen Prospekte und Zeitungen kon-



Erfolgreiche Basler FDP-Prominenz: v. l. n. r. der im ersten Wahlgang wiedergewählte FDP-Regierungsrat Hansruedi Striebel, der im Herbst 1991 erfolgreiche FDP-Nationalrat Paul Wyss und Jörg Schild, der glanzvoll als FDP-Regierungsrat gewählt wurde. (Photo ebo)

sequent in die abonnierte «Basler Zeitung» eingelegt. Das Material blieb also nicht in den Hausgängen liegen, sondern fand seine Leserschaft dank der Zeitungsbeilage in den Wohnungen.

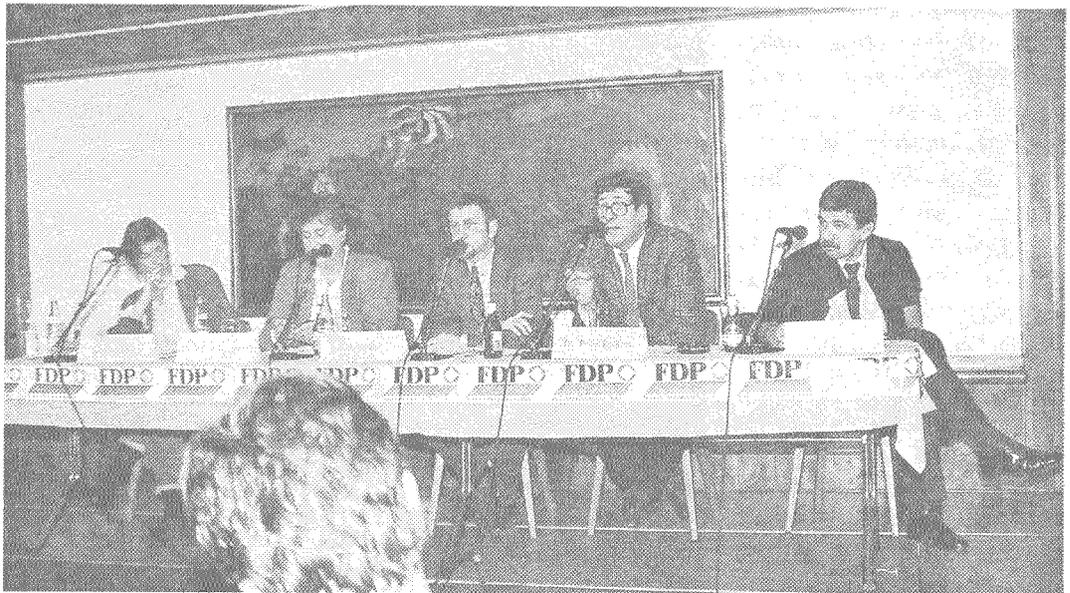
Ebenfalls wurde auf teure, aber letztlich wenig wirksame «interne Veranstaltungen» verzichtet. Die Basler FDP forderte vielmehr die SP zu drei thematisch attraktiven kontradiktorischen Diskussionen heraus, die dank Live-Übertragung durch ein Lokalradio breite Beachtung bei der Bevölkerung fanden.

Der Nationalrats- und der Regierungswahlkampf konzentrierte sich auf die Profilierung der Personen, während der Grossratswahlkampf – auch in Form von einfachen politischen Aussagen – schwergewichtig auf den Image-Aufbau der Partei ausgelegt war. Dieser Parlamentswahlkampf wurde in erster Linie von ausgesprochen motivierten und aktiven FDP-Quartiervereinen getragen.

Nutzbringend war beim Regierungswahlkampf überdies die starke Geschlossenheit des bürgerlichen Blocks mit CVP, FDP und LDP. Diese drei Parteien führten einen zusätzlichen gemeinsamen Wahlkampf für die Profilierung des bürgerlichen Regierungsteams. Die Basler FDP konnte sich dadurch voll auf die Profilierung ihrer beiden einzelnen Kandidaten konzentrieren.

Günstiges Umfeld

Nicht unerwähnt seien zum Schluss die günstigen Bedin-



Die Basler FDP auf Tuchfühlung mit der SP Basel-Stadt: Insgesamt drei grosse kontradiktorische Podiumsdiskussionen zu den aktuellen Basler Themen «Drogen», «Wirtschaftsstandort» und «Europa» gaben der Stimmbevölkerung Gelegenheit zu direkten Vergleichen zwischen «Bürgerlichen» und SP. Die Liveübertragungen durch ein Basler Lokalradio sorgten für eine starke Verbreitung in der Bevölkerung. (V. l. n. r.: Veronica Schaller, Regierungsratskandidatin der SP, Gastreferentin Dr. Emilie Lieberherr, Zürich; «NoZ»-Chefredaktor Klaus Kocher als Moderator; Dr. Peter Facklam, Regierungsrat der LDP; Jörg Schild, Drogenfahnder der Bundesanwaltschaft und Regierungsratskandidat der Basler FDP.)

gungen im Wahlumfeld. Sicher hat die abgeschwächte Konjunktur mit dazu beigetragen, dass wieder vermehrt bürgerlich gewählt wurde.

Auf der anderen Seite haben es jedoch unsere linken Gegner nicht geschafft, mit ihrer seit Jahren praktizierten Behinderungs- und Verhinderungspolitik, beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr, zu reüssieren. Im Gegenteil; mit dem negativen Standortentscheid der Ciba-Geigy zum Biotechnikum (das nunmehr im nahen Ausland gebaut wird) wurde den Stimmbürgern die fatale Politik

der Linken wohl erst so richtig bewusst. Das Ergebnis des ersten Regierungswahlkampfes spricht dazu Bände.

Basler FDP kämpft wieder «an vorderster Front»

Alles in allem: Neben den günstigen Rahmenbedingungen im Umfeld der Wahlen darf der Erfolg der Basler FDP vor allem als Ergebnis einer langfristig vorbereiteten Strategie gewertet werden, die durch ihre klare, leichtverständliche Sprache sowie durch

ihre gezielte Offensive gegen die Linke hervorstach.

Die FDP muss also ihrer Wählerschaft wieder unmissverständlich ihren Kämpferwillen aufzeigen. Aussagen wie «Freiheit gewinnt» werden von niemandem bestritten; sie lösen jedoch auch nichts aus, denn sie provozieren nicht und motivieren dadurch kaum zum Mitkämpfen – schon gar nicht in den eigenen Reihen. Der Basler FDP gelang es offensichtlich, ihre Wählerschaft und ihre Mitglieder wieder zum politischen Kampf an vorderster Front zu bewegen. □



Ungewöhnlich volle Säle bei politischen Veranstaltungen in Basel. Wenige, jedoch thematisch attraktive Veranstaltungen, zusammen mit den politischen Gegnern, zeigten Erfolg.



Grössere gemeinsame Standaktionen zogen deutlich mehr Publikum an als die traditionellen, meist eher «verlorenen» und ungeliebten Pflichtübungen einzelner Parteien. (Photos ebo)

Im Sinne eines Diskussionsbeitrags veröffentlicht der «Freisinn» den Artikel zweier junger Mitbürger. Die Autoren befassen sich grundlegend mit der staatlichen Wirtschaftstätigkeit. Sie grenzen diese ein, zeigen die Nachteile auf und fordern ein absolutes Minimum der staatlichen Produktion. Sie stellen auch die Frage, ob den Steuerzahlern nicht ein rechtlich durchsetzbarer Anspruch zusteht, dass sich der Staat wettbewerbskonform verhält.



Die Bürgerinnen und Bürger sollten als Steuerzahler einen Entschädigungsanspruch geltend machen können, wenn staatliche Dienstleistungen nicht effizient, nicht vertragsgemäss oder nur mangelhaft erfüllt werden. (Photo Stahl)

Anspruch der Steuerzahler auf staatliche Effizienz

● Lic. iur. Oliver Barthelet und cand. rer. pol. Urs Rotzler, Möhlin AG

Hauptmerkmal der freien Marktwirtschaft ist die Steuerung von Angebot und Nachfrage über die Preise. Der Marktmechanismus zwingt die Unternehmen, ihre Produktion am Verbrauch und an den Bedürfnissen der Gesellschaft zu orientieren. Der freie Wettbewerb unter den Wirtschaftssubjekten führt die Anbieter zur kostengünstigsten Produktionsform und bestimmt die Einkommensverteilung. Produktionen um ihrer selbst willen staatlich aufrechtzuerhalten, gleichgültig aus welcher Motivation heraus, verfälscht das System des freien Marktes.

Dies festgestellt, muss sich der Staat im Sinne einer konsequenten Ordnungspolitik lediglich auf die Gestaltung einer Rahmenordnung beschränken, welche die Leistungsbereitschaft, die Selbstverantwortung, das Privateigentum und die persönliche Freiheit des Bürgers fördert und sichert.

Wohlfahrtsförderung

Soweit die öffentliche Hand ihre Aktivitäten über die «klassischen Staatsaufgaben» wie die Gewährleistung der äusseren und inneren Sicherheit, das Justizwesen und die Geldwirtschaft hinaus ausdehnt, rechtfertigt sie dies zum einen mit der Aufgabe, öffentliche Güter (Infrastruktur, Umweltschutz, Grundlagenforschung u. a.) zum Zwecke der Wohlfahrtsförderung bereitzustellen. Von öffentlichen Gütern wird immer dann gesprochen, wenn ein wirtschaftliches Gut nicht

verkauft werden kann, weil einzelne Personen vom Konsum nicht ausgeschlossen werden können oder deren Ausschluss ineffizient wäre.

Verteilungsaufgabe

Zum anderen beruft sich die staatliche Wirtschaftstätigkeit auf die Verteilungsaufgabe, indem aus sozialpolitischen Gründen Wohlfahrtsunterschiede unter Bevölkerungsgruppen und Regionen durch Umverteilung ausgeglichen werden sollen (AHV/IV, BVG, Landwirtschaftssubventionen, Förderung der Bergbauern u. a.).

Ausgleich

Schliesslich reklamiert der Staat die Kompetenz zu Eingriffen in das Wirtschaftsleben mit der Notwendigkeit, externe Effekte zu internalisieren (z. B. Luft- und Gewässerverschmutzung), mit anderen Worten Nutzen und Schaden, die sich in den Marktpreisen nicht widerspiegeln, wertmässig mit einzubeziehen.

Staatliche Ineffizienz

Tritt das Gemeinwesen im Wirtschaftskreislauf als selbständiger Anbieter von Lei-

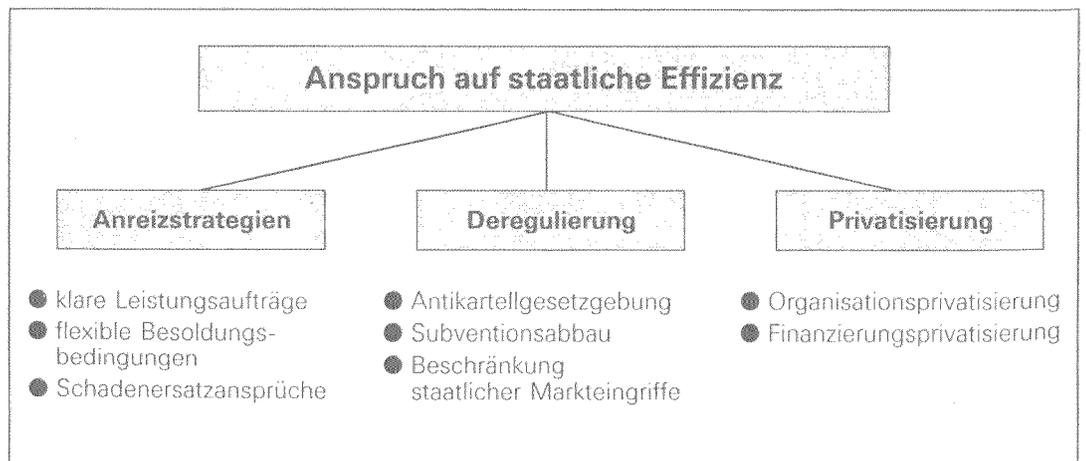


Abb. 1. Lösungsvorschläge zur Steigerung der staatlichen Effizienz.

stungen auf (SBB, PTT, Hochschulwesen u. a.), liegen seine Preise über dem Niveau bei gleichwertiger privater Produktion, was die Empirie belegt. Der mangelnde Wettbewerbsdruck führt zu betrieblicher Ineffizienz. Zudem richten sich die angebotenen Güter wenig auf die Präferenzen der Bevölkerung aus. In dieser Hinsicht muss die volkswirtschaftliche Allokation der knappen Mittel als ineffizient beurteilt werden.

Schliesslich ist das Verhalten in der öffentlichen Verwaltung von der Ausgaben- und Budgetmaximierung geprägt, während die privaten Unternehmen nach Gewinnmaximierung streben. Bürokratie und mangelnde Erfolgskontrolle senken die Anreize für die Beamten, auch betriebswirtschaftlich effizient zu denken und zu arbeiten.

Handels- und Gewerbefreiheit

Die öffentliche Verwaltung ist nebst den genannten ökonomischen Gesichtspunkten auch aus rechtlichen Gründen gehalten, ihre wirtschaftliche Tätigkeit auf das «Allernotwendigste» zu beschränken. Mit dem in Art. 31 der Bundesverfassung niedergeschriebenen Freiheitsrecht der Handels- und Gewerbefreiheit wird dem Bürger ein unmittelbarer verfassungsmässiger Anspruch auf «Nichteinmischung» des Staates in den Wirtschaftskreislauf der freien Konkurrenz eingeräumt.

Neuere Tendenzen in der Rechtsprechung und der Lehre sehen in den Freiheitsrechten nicht nur mehr eine reine «Abwehrfunktion» des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern räumen diesen auch die Funktion eines «Leitbildes» ein, an welcher sich die gesamte staatliche Tätigkeit auszurichten hat.

In diesem Sinne stellt sich daher die Frage, ob dem Steuerzahler nicht ein rechtlich durchsetzbarer Anspruch zusteht, dass sich der Staat in seinen eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten wettbewerbskonform verhält, d. h., die Verpflichtung trägt, seine Leistungen bedürfnisgerecht und kostenminimal anzubieten.

Unter Berücksichtigung dieser Feststellungen erscheint das staatliche Wirtschaftshandeln in vielen Bereichen marktwirtschaftlich und rechtlich nicht mehr gerechtfertigt.

Lösungsvorschläge

Soll dem Bürger ein Anspruch auf staatliche Effizienz zugestanden werden, ist die staatliche Produktion infolge der erwähnten Nachteile auf das absolute Minimum zu beschränken. Deregulierung und Privatisierung sind in diesem Zusammenhang das ökonomische Gebot.

Wo Gesichtspunkte wie Versorgungs- und Verteilungsgerechtigkeit sowie Schutz der natürlichen Ressourcen staatliche Korrekturen des Marktergebnisses als richtig erscheinen lassen, kann der Staat über marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismen oder Auflagen und Bedingungen eingreifen.

Andererseits muss in Bereichen, wo die staatliche Wirtschaftstätigkeit a priori unerlässlich ist, versucht werden, die öffentliche Leistungsproduktion vermehrt wettbewerbsähnlichen Bedingungen und einer Erfolgskontrolle auszusetzen. Hier reden Anreizstrategien das Wort. (Abb. 1)

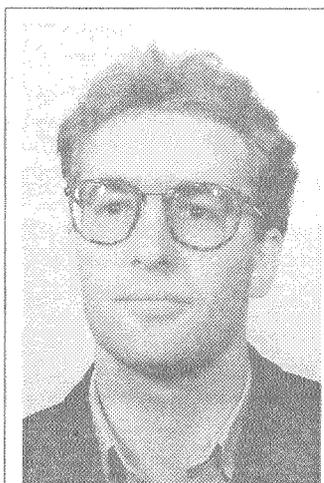
Privatisierung

Dem Gedanken der Privatisierung bestehender Staatsbetriebe liegt die erwähnte Forderung zugrunde, dass der Staat als Nachfrager, nicht aber als Anbieter von Leistungen im Wirtschaftsleben auftreten soll. (Abb. 2)

● Privatisierung des öffentlichen Verkehrs: Indem die öffentlichen Verkehrsbetriebe einer privatwirtschaftlichen oder zumindest gemischtwirtschaftlichen Organisationsform (vgl. Swissair) zugeführt werden, erhalten sie in ihrer Investitions-, Beteiligungs-, Personal- und Lohnpolitik freiere Hand, um auf Veränderungen im Verkehrsmarkt flexibel reagieren zu können. Durch den rationelleren Personal- und Kapitaleinsatz sowie Auslagerungen von Teilfunktionen können im Betriebsbereich sodann erhebliche Kostenersparnisse realisiert werden. Die entsprechenden finanziellen Mittel für die Aufgabenerfüllung können auf dem Kapitalmarkt und/oder bei der öffentlichen Hand aufgenommen werden.

Ziel der Privatisierung muss die Eigenwirtschaftlichkeit des Verkehrsunternehmens sein. Soweit der Staat daher im Sinne der Versorgungsgerechtigkeit dem Verkehrsunternehmen Auflagen, Bedingungen und Ziele setzt, die zu betriebswirtschaftlichen Verlusten führen, hat er als Nachfrager das Unternehmen entsprechend zu entschädigen.

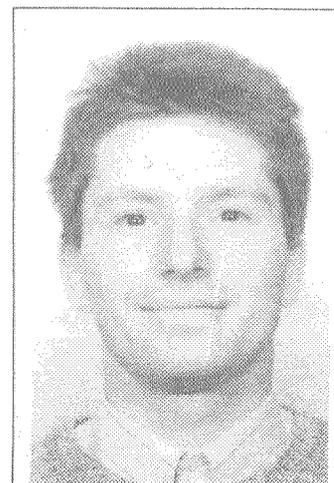
● Privatisierung des Hochschulwesens: Im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern (GB und USA) fehlen im



Oliver Bartholet

Geboren 1966 in Basel, wohnhaft in Möhlin. Nach der Primar- und Bezirksschule Gymnasium (Typus B) in Muttenz, Universität Basel / Lausanne, 1991 Lizentiat der juristischen Fakultät. Rechtspraktikum beim Rechtsdienst des kantonalen Steueramtes des Kantons Aargau zwecks Vorbereitung für die Anwaltsprüfung im Herbst 1992.

Seit 1988 Mitglied der freisinnigen Ortspartei Möhlin.



Urs Rotzler

Geboren 1966, wohnhaft in Möhlin. Nach der Primar- und Bezirksschule Gymnasium (Typus C) in Muttenz. Beginn des Rer.-pol.-Studiums in Basel, siebenmonatiges Praktikum beim Schweizerischen Bankverein in Basel, im Frühjahr 1992 Lizentiatsprüfungen.

Tischtennispieler, Mitglied der Kulturkommission der Gemeinde Möhlin.

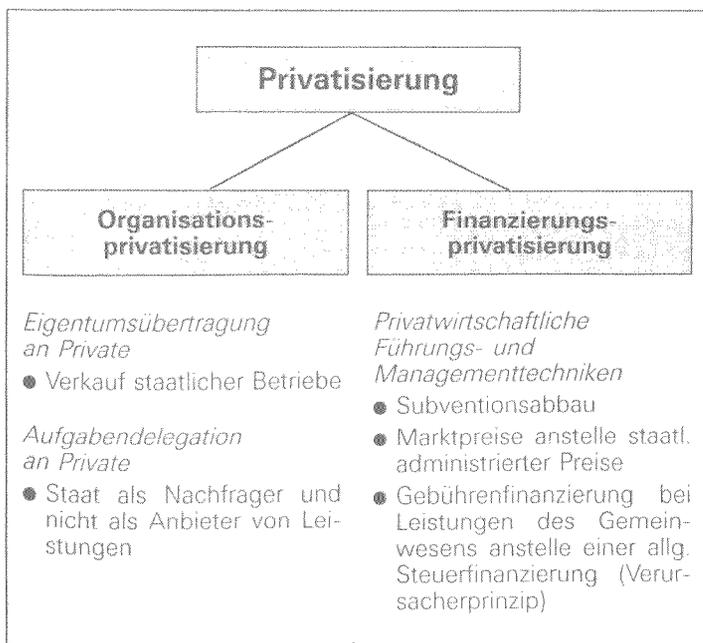


Abb. 2: Der Staat soll als Nachfrager, nicht aber als Anbieter von Leistungen im Wirtschaftsleben auftreten.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

schweizerischen Hochschulwesen jegliche Elemente eines marktbezogenen Wettbewerbs. Durch die Privatisierung wären die einzelnen Hochschulen und Fakultäten auf Grund der Herausforderung

der Konkurrenz zur Veröffentlichung von Erfolgsbilanzen und zu einem optimalen Leistungsangebot gezwungen.

Studiengebühren sind nicht mehr wie anhin quasi zum Nulltarif, sondern kostendeckend zu entrichten. Anstelle staatlicher Stipendien sollte

den Studenten zudem vermehrt die Finanzierung des Studiums über Bildungsgutscheine sowie rückzahlbare Darlehen offenstehen. Dieses Konzept trüge der Forderung Rechnung, dass die Studenten, in der Regel später gutverdienende Akademiker, nicht mehr durch den Empfang hoher staatlicher Subventionen gegenüber gleichaltrigen Berufsgruppen doppelt privilegiert werden. Das dargelegte Modell der Selbstfinanzierung setzt auch den Anreiz, das Studium in kürzester Zeit erfolgreich zu beenden.

● Weitere Privatisierungsmöglichkeiten zur qualitativen Steigerung des Leistungsangebots sowie der Herstellung der Güter zu einem marktwirtschaftlich konformen Preis liegen z. B. im Bereiche der Kehrichtabfuhr und -verbrennung sowie des Bussenwesens für Parkplätze.

Deregulierung

Berücksichtigt man die Tatsache, dass die PTT wie auch die SRG als staatliche Monopolbetriebe nicht zu marktwirtschaftlichen, sondern zu administrierten Preisen Dienstleistungen anbieten, drängt sich die Zulassung nationaler und internationaler Konkurrenz auf. Auf diese Weise würde sichergestellt, dass sich das Dienstleistungsangebot vermehrt den Bedürfnissen der Nachfrager anpasst und der Zufluss von Monopolgewinnen verunmöglicht wird, da die Preise nicht mehr künstlich hochgehalten werden können.

In gleicher Richtung zielt eine konsequente Wettbewerbspolitik im Sinne der Kartellauflösung (Banken, Anwälte, Zahnärzte u. a.) und Beschränkung direkter staatlicher Eingriffe in den Markt (Landwirtschaft, Gesundheitswesen u. a.).

Anreizstrategien

Als flankierende Massnahmen zum Gebot der Privatisierung und Deregulierung sind zur Effizienzsteigerung in der staatlichen Wirtschaftstätigkeit verschiedene Anreizmodelle gefordert:

● Durch flexible Besoldungsbedingungen und festumschriebene Leistungsziele muss der Leistungswettbewerb unter den Beamten und Angestellten des Gemeinwe-

sens gefördert werden. So wäre es angezeigt, einem Chefbeamten, dem es gelingt, gleiche Leistungen mit geringeren Mitteln zu erreichen, eine Belohnung auszurichten. Das System der Budgetmaximierung wäre somit gebrochen. «Wer besser und effizienter arbeitet, der soll auch besser verdienen!»

● Umgekehrt erscheint es angezeigt, dem Bürger auch einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf effizientere staatliche Dienstleistungen einzuräumen.

So soll dem Steuerzahler ein Entschädigungsanspruch gewährt werden, wenn z. B. ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde das begründete Urteil nicht innert einem Jahr seit der Klageeinreichung dem Rechtssuchenden zustellen kann. In gleicher Weise sollte dem Bürger ein Vergütungsanspruch im Sinne einer Rückerstattung des Fahrpreises zustehen, wenn z. B. die SBB mit über einer Stunde Verspätung ihr Ziel erreichen.

Mangelhafte und nicht vertragsgemässe Leistungserfüllung bewirkt in der Privatwirtschaft das Entstehen von Minderungs-, Schadenersatz- und Vertragsauflösungsansprüchen. Die Tatsache, dass der Staat, soweit er als Anbieter auftritt, die Haftung für mangelhafte Leistungen wegbedingen kann, ist in Anbetracht der Handels- und Gewerbebefreiheit (Art. 31 BV), die als objektive Grundsatznorm auch für die gesamte staatliche Tätigkeit Geltung beansprucht, nicht verständlich.

Zusammenfassend lässt sich demnach festhalten, dass dem Bürger, der jährlich mehr als einen Drittel seines Einkommens an den Fiskus abliefern, ein rechtlich durchsetzbarer Anspruch auf effiziente staatliche Leistungen eingeräumt werden muss. Mit der Ausschöpfung aller sozialverträglichen Privatisierungsmöglichkeiten und der strikten Anwendung von Anreizstrategien für die öffentliche Verwaltung wird auch der Staat in das System der Marktwirtschaft eingebunden. Der liberale Gedanke «Mehr Freiheit, mehr Selbstverantwortung – weniger Staat» wird mit neuen Inhalten ausgefüllt! □

Veranstaltungen

Terminkalender 1992

Februar

- 16. Eidgenössische Abstimmung
- 28. Sekretärenkonferenz

März

- 2.–20. Session
- 20. Geschäftsleitung
- 20./21. Drogentagung
- 31. Presseverband

April

- 2. Sekretärenkonferenz, Geschäftsleitung
- 3. Delegiertenrat
- 3./4. Parteitag in Altdorf
- 27.–9. 5. Sondersession

Mai

- 11./12. Generalversammlung Presseverband
- 27. 4.–9. 5. Sondersession
- 17. Eidgenössische Abstimmung
- 21. Geschäftsleitung
- 21./22. Sekretärenkonferenz

Juni

- 1.–19. Session
- 11. Fraktionsausflug
- 19. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 25. Presseverband

August

- 11. Presseverband
- 21. Sekretärenkonferenz, Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 22. a. o. Delegiertenversammlung
- 24.–28. Sondersession

September

- 21. 9.–9. 10. Session
- 25. Geschäftsleitung
- 27. Eidgenössische Abstimmung

Oktober

- 20. Presseverband
- 21. 9.–9. 10. Session
- 30. Sekretärenkonferenz, Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 31. a. o. Delegiertenversammlung

November

- 30. 11.–18. 12. Session

Dezember

- 6. Eidgenössische Abstimmung
- 15. Essen Fraktion/Presseverband
- 18. Geschäftsleitung, Delegiertenrat
- 30. 11.–18. 12. Session

Christine Beerli: «Ich gehe davon aus, dass unser ganzes Leben politisch ist.»

Interview:
Marianne Krämer-Flury,
Frauenfeld

Eine erste, ganz persönliche Frage: Was machen Sie in Ihrer Freizeit, wie tanken Sie Ihre «Batterien» wieder auf?

Ich streife gerne mit meinem Mann und unserem Hund durch Feld und Wald und halte mich überhaupt gerne in der Natur auf. Auch gute Gespräche im Familien- und Freundeskreis helfen mit «aufzutanken».

Wie haben Sie den Zugang zur Politik gefunden?

In meinem Elternhaus waren politische Diskussionen an der Tagesordnung. Besonders mit meinem Vater habe ich viel diskutiert und dabei dies und jenes bemängelt. Mein Vater forderte mich auf, es mit meinem persönlichen Beitrag besser zu machen und meine Verantwortung wahrzunehmen. Ich besuchte schon während meines Studiums politische Veranstaltungen verschiedener Parteien und blieb schliesslich in der FDP der Stadt Biel hängen.

Was bereitet Ihnen in der Politik zurzeit Sorge?



Christine Beerli: «Viele Frauen sind unabhängiger als die Männer. Das hat Vorteile, auf die die freisinnige Partei nicht verzichten kann.»

Ich gehe davon aus, dass unser ganzes Leben politisch ist. Unser überreisser Wohlstand hat bei vielen von uns den Gemeinsinn eingeschläfert. Der Egoismus und der Individualismus feiern Urständ. Wir kommen nicht darum herum, dies zu korrigieren. Ich glaube, dass gerade auch Frauen hier wichtige Impulse geben können.

Denken Sie, dass Sie mit Ihrem Amt für andere Frauen ein Vorbild sind?

Nicht in dem Sinne, dass jede Frau, die in die Politik einsteigt, Ständerätin werden muss. Wenn ich allerdings nach aussen vermitteln kann, dass sich Frauen am politischen Leben ganz selbstverständlich und auf allen Ebenen beteiligen sollen, dann freut mich dies.

Ist es für die politische Laufbahn einer Frau hinderlich, wenn sie sich für die Familie entscheidet?

Dies ist heute leider noch vielfach der Fall; das sollte aber

nicht so sein, denn Frauen können die Familienphase auch als Chance sehen. Für mich sind Frauen aus der Familienphase heraus sehr gut für die Politik geeignet. Sie sind konflikt- und konsensfähig und haben eine breite Erfahrung gerade im sozialen und erzieherischen Bereich; das ist sehr wichtig. Dieses Potential sollte besser genutzt werden. Dazu braucht es selbstverständlich die nötigen flankierenden Massnahmen. Stich-

Fortsetzung auf Seite 14



Christine Beerli: «Ich streife gern mit Mann und Hund durch Feld und Wald.»

Kurzbiographie

**Ständerätin
Christine Beerli**

Geboren und aufgewachsen in Biel, Studium der Rechte an der Universität Bern. Fürsprecherin mit eigener Praxis in Bürogemeinschaft mit französischsprachigen Kollegen in Biel. Verheiratet. Bis 1983 im Stadtrat (Legislative) von Biel. Wegzug nach Studen. 1986 Kandidatur für den Grossen Rat im Amtsbezirk Nidau. Unerwartete Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern auf Anhieb. Politische

Schwerpunkte in den Bereichen Gesundheitspolitik und Fragen des allgemeinen Staats- und Organisationsrechtes. Mitwirkung in verschiedenen Kommissionen. Präsidentin der freisinnigen Grossratsfraktion. Leiterin eines kleinen privaten Pflegeheimes. Im Zentralvorstand des BSF (Bund schweizerischer Frauenorganisationen), im Vorstand des bernischen Anwaltsverbandes und in verschiedenen Gremien von gemeinnützigen Organisationen. Seit Herbst 1991 Ständerätin des Kantons Bern. □

Persönlich

Christine Beerli, was freut Sie ganz besonders?

Jemanden im Gespräch überzeugt zu haben.

Was nervt Sie?

Vorurteile.

Welche Musik bevorzugen Sie?

Französische Chansons und klassische Musik.

Welche Literatur bevorzugen Sie?

Neben Fachliteratur historische Romane.

Sammeln Sie etwas?

Ja, Ostereier.

Hobbies?

Kochen, Gäste bewirten, wandern.

Treiben Sie Sport?

Ich darf es fast nicht sagen – ausser mit dem Hund spazieren eigentlich nein.

Haben Sie ein Lieblingstier?

Hunde und Katzen.

Welches Spielzeug bevorzugten Sie in Ihrer Kindheit?

Einen Plüschhund mit Rädchen, mit dem ich in den «Ausgang» ging.

Fortsetzung von Seite 13

worte: Unterstützung durch die Familienmänner, Schulsystem, flexible Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen usw.

Was sagen Sie zum Thema Frauenquoten?

Quoten sind da, um Minderheiten zu schützen. In unserer Gesellschaft sind die Frauen keine Minderheit. Ich denke, dass den Frauen nicht gedient ist, wenn sie mit der Qualifikation «Frau» irgendwo Einsitz nehmen. Verstehen Sie mich recht: es stört mich auch, dass Sitze mit der Qualifikation «Mann» besetzt werden. Wichtig ist doch die Eignung einer Person für ein Amt; ob Frau oder Mann ist sekundär.

In Wirklichkeit ziehen aber Frauen häufig den kürzeren!?

Ja, das ist schon so. An diesem Problem haben aber sowohl die Frauen als auch die Männer zu arbeiten. Ich plä-

diere deshalb für eine optimale Aus- und Weiterbildung der Frauen. Sie sollen die Chance wirklich wahrnehmen, nicht resignieren. Wir leben ja im Zeitalter der «éducation permanente», und freilich erfordert dies obengenannte flankierende Massnahmen.

Und noch eins: die Frauen sind die Mütter ihrer Töchter, sie können der Ausbildung der jungen Frauen grosse Aufmerksamkeit schenken. Die Frauen von heute sind aber auch die Mütter ihrer Söhne, die diese zu emanzipierten jungen Männern erziehen sollen. Es ist klar, dass dafür nicht die Frauen allein verantwortlich sind. Sie haben jedoch im Rahmen ihrer Erziehungsaufgabe grosse und schöne Möglichkeiten. Diese gilt es wahrzunehmen!

Welche Bedeutung haben für Sie Frauengruppen innerhalb der Partei?

Ich finde Frauengruppen in unserer Partei nach wie vor sinnvoll und nützlich. Sicherlich muss nicht jede Frau den Einstieg in die Politik via Frauengruppe nehmen, aber viele Frauen machen von diesem Angebot gerne Gebrauch, weil es ihnen die Möglichkeit gibt, gerade aus dem häuslichen Bereich heraus, zeitlich massgeschneidert, ein politisches Engagement wahrzunehmen.

Veranstaltung

Die Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen, SVFF, führt am 5. März 1992 um 14 Uhr im Restaurant Schmidstube an der Zeughausgasse 5, Bern, ihre Präsidentinnenkonferenz durch.

Programm

- Begrüssung
- **«Wo steht die zehnte AHV-Revision?»**
Referentin: Dr. Lili Nabholz-Haidegger, Nationalrätin, Zürich
Verabschiedung eines Communiqués zur AHV-Revision
- **«Europäische Integration – Bedeutung und Auswirkungen für die Schweizer Frau»**
Referentin: Dr. Barbara Schneeberger, Sektionschefin im Bundesamt für Aussenwirtschaft, Bawi, im EVD
Verschiedenes und Umfrage

Die Frauen lernen in den Frauengruppen auch, ihr Selbstbewusstsein zu stärken, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen und öffentlich sicher aufzutreten. Ich finde, das nützt den Frauen, und deshalb kann auf dieses Angebot nicht verzichtet werden.

Die freisinnige Partei gilt als Partei der Wirtschaft. Was haben Frauen, die keine wirtschaftlichen Interessen vertreten, in einer solchen Partei bzw. in Mandaten dieser Partei zu suchen?

Die freisinnige Partei ist ja keine Einthemenpartei. Sie ver-

tritt das liberale Gedankengut in der Wirtschaft, Kultur, Bildung, im Gesundheitswesen usw. usw. Eine klare, konsequente Ordnungspolitik ist in all diesen Bereichen vonnöten. Ich denke, die Frauen haben auf verschiedensten Gebieten aus ihrer Sicht viel Know-how einzubringen. Viele Frauen sind auch unabhängiger als die Männer; das hat Vorteile, auf die die freisinnige Partei nicht verzichten kann. □

Voranzeige

Die ordentliche Delegiertenversammlung des SVFF wird am 13. Juni 1992 stattfinden. □

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

WOLLEN SIE NOCH MEHR STEUERN BEZAHLEN ?

Die Krankenkassen-Initiative kostet jedes Jahr Milliarden. Die Steuern werden steigen. Das können wir uns nicht leisten.

NEIN

Darum am 16. Februar 1992

zur Krankenkassen-Initiative

ARBEITSKREIS SOZIALE KRANKENVERSICHERUNG
POSTFACH, 8024 ZÜRICH / PC 80-42900-3

Unhaltbare Kritik

Im Januar-«Freisinn» holte Curt H. Wild aus St. Gallen in einem Leserbrief zum Rundumschlag gegen die am 13. Januar 1992 eingereichten Referenden aus. Die Tatsache, dass dabei von einem Missbrauch des Instruments «Referendum» gesprochen wird, darf nicht unbeantwortet bleiben, ist doch ein Volksrecht mehr als nur toter Buchstabe in einer Verfassung. In diesem Sinne geht die Kritik von Herrn C. H. Wild, welche von «Missbrauch» spricht, völlig daneben. Sie lässt sich in die Argumentationsreihe eingliedern, die beispielsweise Ständerat René Rhinow (fdp., BL) in einem Artikel in der «Schweizer Familie» skizzierte, als er beim Referendum gegen die Parlamentsreform von einem «unverantwortlichen» Referendum sprach. Auch Aussagen von Nationalrat Helmut Hubacher (sp., BS), der den referendumsführenden Hochschulabsolventen am liebsten

das aktive Stimm- und Wahlrecht abgesprochen hätte, was sich in Aussagen wie «Verdingbuben» dokumentiert, zielen in dieselbe Richtung.

Doch nicht nur diese sonderbare Vorstellung von Volksrechten macht die Kritik von Herrn C. H. Wild unhaltbar. Auch die falschen Inhalte, die im Leserbrief wiedergegeben werden, sind zu korrigieren. So wird beispielsweise behauptet, dass das Referendum gegen den IMF-Beitritt aus St. Galler FDP-Kreisen lanciert worden sei. Dies stimmt in keiner Art und Weise. Wer sich die Mühe nimmt und den Unterschriftenbogen studiert, der findet darauf das Referendumskomitee, welches immerhin von prominenten FDP-Politikern wie Nationalrat Ernst Cincera (ZH), Nationalrat Dr. Rolf Mauch (AG), Nationalrat Karl Weber (SZ) oder alt Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch (AG) mitgetragen wird. Die richtigen Adres-

sen für einen Rundumschlag wären also durchaus bekannt gewesen.

Schliesslich ist es mir als Mitinhaber des angesprochenen PR-Büros ein Anliegen, die gemachten Aussagen im Zusammenhang mit dem Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen ins richtige Licht zu rücken. Als FDP-Kantonsrat nehme ich persönlich das Mandat des Geschäftsführers der «Interessengemeinschaft für sinnvolle und glaubwürdige militärische Ausbildungsplätze in der Ostschweiz» wahr. In diesem Zusammenhang von materiellen Interessen zu sprechen ist eine Unterstellung, die nicht toleriert werden kann. Gerne bin ich bereit, mit Herrn Wild die anonymen Telefonanrufe, die anonymen Schreiben oder die massiven Verunglimpfungen in der linken Presse zu teilen. Vielleicht merkt er dann, wie «dankbar» heute der persönliche Einsatz für rechtsstaatliche Anliegen ist.

Als Politiker mit liberaler Grundhaltung werde ich trotz der Kritik aus Kreisen des politischen Gegners wie aus der

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beitragen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte, auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

eigenen Partei weiterhin für Werte wie Rechtsstaatlichkeit (Neuchlen-Anschwilen), Milizparlament (Parlamentsreform) oder eine freiheitliche Eigentumsordnung (bäuerliches Bodenrecht) eintreten. Gleichzeitig hoffe ich aber, dass auch andere freisinnige Exponenten in der Öffentlichkeit weiterhin klar und unmissverständlich Position beziehen, selbst wenn dabei nur beschränkt mit Beifall gerechnet werden kann.

*Peter Weigelt,
FDP-Kantonsrat, St. Gallen*

Das Nein des Tierarztes zur Tierschutzinitiative

Noch kurz vor Weihnachten hat die Firma Ciba-Geigy AG für Schlagzeilen gesorgt. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug die Nachricht ein, dass das grösste Chemie- und Pharma-Unternehmen unseres Landes darauf verzichte, das jahrelang geplante und heftig diskutierte und bekämpfte Projekt eines Biotechnikums auf dem Gebiet des Kantons Basel zu realisieren.

Der Donnerhall, der dem Blitz folgte, verbreitete sich weit über die engere Region von Basel hinaus auf unser ganzes Land und wurde auch im Ausland deutlich gehört. Denn eben in diesem Ausland, wenige Meter jenseits der Grenze, im benachbarten Hünningen, sollte das 100-Millionen-Projekt nun verwirklicht werden. Die Unternehmensleitung, die nach zähem Ringen zwar die Baubewilligung in Basel erhalten hätte, hat vor der fehlenden Akzeptanz bei

der Bevölkerung kapituliert und das Handtuch geworfen. Der weltweite Ruf der Schweiz als Zentrum pharmazeutischer und biologischer Forschung hat mit diesem verständlichen Entscheid einen schweren Schlag erlitten. Und niemand, nicht einmal diejenigen, die zuvor auf die Barrikaden gestiegen waren, konnte angesichts dieser Konsequenzen glücklich sein.

Das Geschehen ruft uns in beängstigender Art in Erinnerung, wie gefährlich die von grüner und naturschützerischer Seite entfachten Aktivitäten für unser Land und namentlich für das Ansehen des Werkplatzes Schweiz sein können. Wenn sich eines der angesehensten Unternehmen entschliesst, ein grosses Forschungszentrum im Ausland zu errichten, so muss das zum Aufsehen mahnen. Und mit dem Blick in die Zukunft und auf die bevorstehende Integration in Europa

muss man sich ernste Gedanken machen. Ciba Geigy bietet allein in Basel 12 000 Arbeitsplätze an, und wenn es nun gelingen sollte, diese Aktivitäten mit polemischen Argumenten und wenig fundierten Vorwürfen in Misskredit zu ziehen, dann muss man sich über die Zukunft ernsthafte Sorgen machen.

Und schon wieder ist ein neuer Tiefschlag gegen unsere Forschung geplant. Die Tierschutzinitiative, welche die Tierversuche in der wissenschaftlichen Forschung verbieten will, gelangt am 16. Februar zur Abstimmung. Als Tierarzt habe mein Leben mit der Fürsorge für die Tiere und ihre Gesundheit verbracht. Es war mir immer ein Anliegen, kranken und leidenden Tieren zu helfen. So gesehen möchte ich mich selbst als professionellen und aus ideellen Erwägungen überzeugten Tierschützer bezeichnen, zur vor-

liegenden Initiative aber kann ich nicht Ja sagen.

Es ist ganz einfach erwiesen und wird immer wieder durch neue Forschungsergebnisse erhärtet, dass die Forschung in bestimmten Fällen nicht ohne Versuche mit lebenden Tieren auskommt. Die Hilfe, die ihm mit Medikamenten geboten werden kann, verdankt mancher Schwerstkranke eben den Ergebnissen solcher Versuche.

Ich will nichts beschönigen, denn mir sind selbst Präparate bekannt, die mit Tierversuchen entwickelt worden sind, auf welche wir aber gut verzichten könnten oder die man auch anders herstellen könnte. Darum befürworte ich eine massvolle Einschränkung und eine humane Handhabung der Tierversuche. Und man darf mit gutem Gewissen sagen, dass auf diesem Gebiet schon viele Vorschriften erlassen und gute Fortschritte erreicht worden sind. Diese Bestrebungen kann ich aus voller Überzeugung unterstützen, muss aber zu einem generellen Verbot der Tierversuche in der Forschung Nein sagen.

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Wer je einer verängstigten Katze in die Augen gesehen hat oder wer in einem Schlachthof die Angst gesehen hat, welche die Tiere empfinden, wenn sie zur Schlachtbank getrieben werden, der weiss aus Erfahrung, wie sehr Tiere leiden können. Das aber hindert nur wenig Leute daran, auf ihre tägliche Fleischration zu verzichten. Man argumentiert vielmehr, dass sich das Geschehen bei der Schlachtung von Tieren nach schonenden Grundsätzen abwickle und dass die Gewinnung von Fleisch eben das eigentliche Ziel der Tierhaltung und der Tierzucht sei und dass die Tierhaltung zu den wichtigsten Erwerbszweigen der Landwirtschaft gehöre.

Viele und teilweise restriktive Vorschriften sind in den letzten Jahren zum Schutz der Tiere vor quälerischer Ausbeutung und unangemessener Haltung erlassen und in Kraft gesetzt worden. Gute Anfänge sind gemacht, und ich meine, dass man mit vernünftigen Vorschriften auch die Frage der wissenschaftlich fundierten Tierversuche regeln und ordnen müsste. Ein generelles Verbot solcher Versuche aber scheint mir nicht gerechtfertigt, so lange nicht, als die effiziente Forschung auf solche Versuche angewiesen ist.

Wenn wir aber Tiere schlachten müssen, um Fleisch auf unserem Teller zu haben, dann dürfen wir sicher auch Tiere massvoll dafür einsetzen, um neue Medikamente und Heilverfahren zu entwickeln. Dass auch bei dieser Tierhaltung die Tiere als gefühlvolle, empfindsame Wesen schonend behandelt werden müssen, das ist eine selbstverständliche Forderung, der sich heute niemand widersetzt.

Das eingangs zitierte Beispiel zeigt, wie wenig es braucht, bis unserem Ruf als Zentrum für die Forschung schwerer Schaden zugefügt wird. Wenn jenseits der Grenze eben ganz andere Gesetze gelten als bei uns, dann muss man für die Handlungsweise derjenigen Verständnis zeigen, die für das Wohlergehen ihrer Unternehmungen verantwortlich sind. Tierversuche einfach generell zu verbieten käme

FDP-Publikationen

Ich bestelle:

- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 1, 1991. Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt. FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun (à Fr. 5.-, 52 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 2, 1991. Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP (à Fr. 5.-, 22 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 3/4, 1991. Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz: Einflüsse und Impulse (à Fr. 5.-, 38 Seiten, dt.).

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

dem Schlachten der Hühner gleich, die goldene Eier legen. Und weil wir alle nicht auf diese goldenen Eier verzichten können, sage ich am 16. Februar Nein zur sogenannten Tierschutzinitiative.

*Dr. Willi Eppenberger,
Tierarzt, Wildhaus*

Erbost über den «SoBli»

Ich war erbost über die Artikel über die Rücktrittsforderungen gegenüber Bundesrat Delamuraz, die unverblümt von Samuel Stutz und Frank A. Meyer in einer unakzeptablen Art und Weise ausgesprochen wurden. Meine Entrüstung habe ich dem «Sonntags-Blick» («SoBli») in einem Leserbrief mitgeteilt. Perfid und unfair versuchten die beiden Ringier-Journalisten Dr. med. Samuel Stutz, selbst Mediziner, und Frank A. Meyer, Mitglied der Ringier-Konzernleitung, Bundesrat Delamuraz abzuschliessen. Die Worte von Frank A. Meyer, dass die Rücktrittsforderungen aus «purer Sympathie» erfolgen, tönen geradezu zynisch.

Beide Artikel waren meiner Ansicht nach ethisch unverantwortbar. Bundesrat Delamuraz weiss selber, wann der Zeitpunkt für einen allfälligen Rücktritt gekommen ist, ohne dass er sich von den Ringier-Presse-Erzeugnissen dazu nötigen lassen müsste. Der Fall Kopp lässt grüssen!

Silvio Zuccolini, Scharans

FDP-Positionen

Finanz- und Steuerpolitik

Die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung befasste sich intensiv mit der Finanz- und Steuerpolitik. Sie kam dabei zu folgenden Schlüssen:

Absolute Priorität hat für die Freisinnigen das Sparen. Daher unterstützt die Fraktion grundsätzlich die Sparvorschläge des Bundesrates. Die Fraktion ist der Meinung, dass dabei nach Möglichkeiten Prioritäten zu setzen sind. Angesichts der Schwierigkeiten der Prioritätensetzung kann sie kurzfristig auch lineare Kürzungen akzeptieren. Unterstützung findet auch die Einführung des qualifizierten Mehrs für Ausgabenbeschlüsse des Parlaments, soweit diese die Anträge des Bundesrates übersteigen.

Bevor der Sparbeweis nicht erbracht ist, will die FDP-Fraktion Neueinnahmen ausschliessen. Hingegen erachten die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Sicherung der Einnahmen des Bundes als vordringlich und unerlässlich. Die Arbeiten für eine neue Bundesfinanzordnung sind daher rasch voranzutreiben. Diese soll ertragsneutral gestaltet werden, befristet sein und die Höchstsätze festhalten. Den Systemwechsel zur Mehrwertsteuer, nötigenfalls in mehreren Schritten, erachtet die Fraktion als die zukunftssträchtige Lösung. Unerlässlich ist für die Freisinnigen die Ausmerzung der wettbe-

werbsverzerrenden Schattensteuer (taxe occulte).

Die Aufwendungen des Bundes sind durch eine klarere Prioritätenordnung bei den Aufgaben zu überprüfen. Dabei sind durch Rationalisierung Einsparungen bei der Verwaltung und bei den Betrieben erforderlich. Bei den grossen Vorhaben des öffentlichen Verkehrs ist zur Sicherstellung der Finanzierung eine Konzentration der Kräfte auf das Wesentliche notwendig. Ausser den Investitionen sind auch die künftigen Betriebsaufwendungen in die Beurteilung einzubeziehen.

Die absehbare Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des GATT erfordert Umstellungen in der Landwirtschaftspolitik. Direktzahlungen sollen diese Umstellung ermöglichen. Da die Liberalisierung andererseits die Konsumenten entlastet, sollen die künftigen Mehrbelastungen des Bundeshaushaltes durch eine Anpassung der Umsatzsteuer kompensiert werden. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 - 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Überlegungen zu den beiden Vorlagen vom 16. Februar

Am 16. Februar 1992 werden wir aufgerufen, unsere Meinung zu zwei Volksinitiativen durch Abstimmung zu äussern. Zweck dieses Artikels ist nicht, eine Abstimmungsparole zu den Initiativen zu geben, sondern sie in bezug auf Sinn und Zweck zu kommentieren; anschliessend daran erfolgt eine Stellungnahme meinerseits über die gegenwärtige politische Lage in unserem Land.

Gian-Marco Gilardi*

Wie wir alle wissen, ist die Problematik der Krankenkassen stark mit der finanziellen Lage der Schweiz verbunden. Inwiefern? Der Bund finanziert die Krankenkassen in bedeutender Weise, und zwar mit einem Betrag, der im Jahr 1991 die Höhe von 985 Millionen Franken erreichte.

Krankenkasseninitiative

Das ist sicher eine grosse Summe; das Problem liegt aber nicht in der Höhe der Summe, wenn sie finanziell tragbar ist. Meines Erachtens liegt die Problematik im Konzept der Subventionierung der Krankenkassen.

Wenn die Gesundheitskosten in der Schweiz sich erhöhen, d. h. wenn die Spital- und Arztarife teurer werden, dann fange ich an, als Bürger mir folgende Frage zu stellen: Ist es normal, dass die Kosten für eine ärztliche Behandlung im Jahr um sieben Prozent wachsen? Meine Antwort wäre dann: Ja, wenn wir annehmen wollen, dass die Inflationsrate in der Schweiz immer wächst und das europäische Niveau von zirka sieben bis acht Prozent erreicht. Als Bürger müssen wir dann verstehen, dass die Kosten der Güter in schwierigen Zeiten stark inflationiert sind und dass sie wachsen.

Negative Effekte

Was schlägt die Initiative vor, diese Kosten einzudämmen? In der vorgeschlagenen Über-

* Pressechef der Jungliberalen Bewegung der Schweiz.

gangsbestimmung (Art. 19) heisst es, der Bund solle diese Teuerung mit einer Symptompolitik bekämpfen, und das durch Erhöhung der Subventionierung der Krankenkassen.

Aber mit einem solchen System erreicht man zwei negative Effekte: Erstens werden wir als Bürger und Bürgerinnen sicher mehr Steuern bezahlen, und zweitens werden die Krankenkassen nie ein akzeptables Wettbewerbsniveau erreichen. Ich würde dann in meinem persönlichen Haushalt Opfer einer zweifachen Teuerung: einmal durch die ärztliche Behandlung, zweitens durch die Steuererhöhung. Das wäre schon ein gutes Resultat in den heutigen Verhältnissen!

Ich denke aber auch an den zweiten negativen Effekt: Wie kann man ein gutes Wettbewerbsniveau in der Schweiz erreichen, wenn man so weitergeht, d. h., wenn der Bund jedesmal eine Erhöhung der Subventionierung der Krankenkassen gewährt? Die Verankerung einer solchen Erhöhung in der Verfassung ist gegen die Ideale eines liberalen Staates und deshalb abzulehnen. Ich glaube, dass die Krankenkassen sich bemühen müssen, ein akzeptables Wettbewerbsniveau zu erreichen ohne zu viele staatliche Hilfen.

Rationalisierung nötig

Was machen private Unternehmen, wenn sie Wettbewerbsprobleme haben? Die Antwort lautet: Rationalisierung, und zwar sowohl aus qualitativer Sicht (Verbesserung der Dienstleistungen) als auch aus quantitativer Sicht (Forschung nach neuen Retributionsmethoden). Es sei freier Wettbewerb, und der Staat

verankere nicht in der Verfassung eine Kartellisierung der Krankenkassen!

Tierversuchsinitiative

Was die Tierversuchsinitiative betrifft, will ich nicht auf alle Punkte eingehen, sondern nur etwas kritisieren. Es sei vorausgeschickt, dass ich für diese Initiative bin; doch sehe ich einen Fehlpunkt in dieser vorgeschlagenen Verfassungsreform: das Verbandsbeschwerderecht. Ich werde das im folgenden erläutern.

Meine positive Stellung zu dieser Initiative ist eine seit je bestehende Liebe für die Tiere aller Arten. Ich bin dafür, wenn man sagt, Experimente, unter denen die Tiere stark leiden, seien zu verbieten.

Wie kann aber das Initiativkomitee ein Verbandsbeschwerderecht fordern, das präventiver Art ist und suspensiven Effekt hat? Das verhindert auch andere Experimente, die nichts mit der Kosmetik zu tun haben oder unter welchen die Tiere nicht so stark leiden, Experimente, die vielleicht für lebensnotwendige Versuche nötig sind. Ich hoffe, dass in solchen Fällen die Bundesrichter, falls die Initiative angenommen würde, gut beurteilen werden, was lebensnotwendig und was nicht lebensnotwendig ist. Werden sie überhaupt eine Überprüfungsbefugnis haben?

Aus den Überlegungen pro und contra und aus dem Vertrauen heraus, das ich in die schweizerischen Richter habe, stimme ich der Initiative zu. Aber wie könnte man das Problem des Verbandsbeschwerderechts lösen? Ich glaube, das sollte durch einen Gegenvorschlag des Bundes erfolgen, was nicht der Fall ist; laut Bund haben wir schon ein bestehendes, aber noch nicht in Kraft getretenes Gesetz.

Persönlicher Kommentar

Wie oben gesagt, erlaube ich mir zum Schluss einige allgemeine Bemerkungen persönlicher Art: Der Bund informiert

den Bürger und die Bürgerin in einer nicht transparenten Weise, so dass diese bei Abstimmungen schwere Probleme haben. Es sollte bei der Fragestellung und beim Text des Gegenvorschlages eine präzise Stellung eingenommen werden, sonst könnte es auch zu Stimmrechtsbeschwerden führen.

Ich möchte nur an die Armeeabschaffungsinitiative erinnern: in diesem Fall hatten sich die Bürger und die Bürgerinnen für eine Erhaltung der Armee ausgesprochen, aber nicht in grosser Zahl. Hatte sich der Bund mit den Vor- und Nachteilen eines möglichen Gegenvorschlages befasst? Rechnete er damit, dass die Initiative massiv abgelehnt werden sollte? Meiner Meinung nach waren die dreissig Prozent der Gegner nicht für eine Abschaffung der Armee, sondern für deren Verbesserung. Wieso formulierte der Bund keinen klaren Gegenvorschlag, indem er eine präzisere Antwort auf die Frage der Revidierung und Rationalisierung der Armee gab? Achtzig bis neunzig Prozent der Bürger und Bürgerinnen hätten diesem Gegenvorschlag zugestimmt.

Mit solchem Zögern verwirrt der Bund die Bevölkerung und lässt zu, dass in Zukunft ein Aktionskomitee für die Abschaffung der Schweiz zugunsten von 26 unabhängigen Staaten aufrufen kann. Und was, wenn das Volk dafür wäre?

Zum Schluss die Bitte an unseren Bund, entschlossener zu sein, im Dienste der Eidgenossenschaft und der Freisinnigen der ganzen Schweiz.



Offene Fragen nach dem Scheitern des Neat-Referendums

AMK. Ende Januar 1992 informierte die Bundeskanzlei, dass das von der Grünen Partei der Schweiz (GPS) lancierte Referendum gegen die neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) gescheitert ist. Politisch bedeutet das Scheitern dieses ersten Versuchs der Grünen, ein Referendum zu ergreifen, zweifellos eine Schlappe. Interessant und noch nicht vom Tisch ist nun aber die rechtliche Seite. Vor dem Stichtag, dem 13. Januar 1992, forderte die GPS die Gemeinden auf, ihre beglaubigten Unterschriften direkt an die Bundeskanzlei zu schicken. Die Grünen beklagen nun, 150 Gemeinden hätten ihre Unterschriften termingerecht, aber an die falsche Adresse (nicht an die Bundeskanzlei) geschickt. – Liegen die Grünen mit dieser Ansicht ganz falsch?

Das Bundesgesetz über die politischen Rechte schreibt in der Tat nicht vor, dass die Gemeinden die Unterschriften zunächst dem Referendumskomitee senden müssen. Es verpflichtet sie aber auch nicht, die beglaubigten Unterschriften direkt an die Bundeskanzlei zu schicken. Die Offenheit in dieser Frage ist erwünscht, da oft kein Referendumskomitee existiert oder verschiedene Gruppierungen Unterschriften sammeln. Die Bildung eines Komitees ist beim Referendum nicht vorgeschrieben. Also muss es auch möglich sein, dass die Gemeinden Unterschriften direkt an die Bundeskanzlei senden. Die Frage stellt sich, ob man die Regelung klarer fassen könnte, ohne die gewünschte Offenheit zu verlieren.

Antwort

Mutzli

Am gemeinsamen Sessionsrapport der Baselbieter FDP und SVP in Läufelfingen wurde aus dem Publikum wieder einmal das undisziplinierte Verhalten im Nationalratssaal kritisiert, das Kommen und Gehen, Schwätzen und Zeitunglesen und auch, dass bei den Bundesratswahlen die unmöglichsten Namen auf die Zettel geschrieben worden seien. Dazu Nationalratspräsident Hans-Rudolf Nebiker: «Man möchte meinen, dies sei ein Kindergarten. Aber das ist natürlich so...»

Ständerat Ernst Rüesch (fdp., SG) meinte mit Blick auf den vom Parlament eingeschlagenen finanzpolitischen Schlendrian der letzten Jahre in der Budgetdebatte ernüchternd: «Die Wahlversprechen von heute sind die Steuern von morgen!» Die Politiker seien Leute, die das Geschäft gleich zweimal machten: «Zuerst werfen sie das Geld zum Fenster hinaus, und nachher lassen sie den Ruf nach dem Sparen erschallen.»

Der defizitäre Voranschlag der Eidgenossenschaft gleiche einer «Wanderung in der Nacht», meinte der neugebackene Solothurner FDP-Ständerat Rolf Büttiker, das Beresina-Lied zitierend.

Man müsse in der Nacht keineswegs die Orientierung verlieren, lobte der sozialdemokratische Finanzminister Otto Stich die Nachtwanderungen, die sehr schön sein könnten. Auch sein freisinniger Amtskollege Kaspar Villiger, Chef des wenig geliebten Militärdepartementes, kam sich auf Grund der widersprüchlichen Forderungen als Wanderer vor: Angesichts des Rufes nach Einsparungen im EMD und der regionalpolitischen Wünsche nach mehr Aufträgen und Arbeitsplätzen sieht sich der EMD-Vorsteher selbst auf einer gefährlichen Gratwanderung.

«Was wäre, wenn die SBB und die Privatbahnen nicht wären», rief Bundesrat Ogi bei der Behandlung des stark defizitären

SBB-Voranschlages in den Saal.

Von einer «Chumm und lueg»-Aktion vor dem Kirchlein von Wassen sprach unser Verkehrsminister im Zusammenhang mit einer Interpellation über den Transitverkehr. Er zeigt nämlich seinen ausländischen Kollegen mit Vorliebe und Erfolg unsere Probleme an Ort und Stelle.

Die frühere Krankenversicherungsvorlage sei vom Parlament umfunktioniert worden zu einer Subventionierungsaktion für die Krankenkassen nach dem Motto: «Noch mehr Wein in alte Schläuche», meinte Ständerat Hans-Jörg Huber (cvp., AG).

Zu einem europapolitischen Schlagabtausch kamen die beiden Freisinnigen René Rhinow (BL) und Ernst Mühlemann (TG). Man müsse den Europazug bremsen und dazu Dampf ablassen, meinte der thurgauische Nationalrat. Der Baselbieter Ständesvertreter konterte spontan: «Unser Problem ist, dass der Europazug überhaupt eine Lokomotive bekommt.»

«Die Nachtragskredite sind eine Ablasshandlung einer sündig gewordenen Verwaltung», sinnierte Ständerat und Finanzkommissionspräsident Ernst Rüesch (fdp., SG). Er fand bei Finanzminister Otto Stich volle Zustimmung und viel Lob – was Zuschauerinnen auf der Tribüne zur Frage veranlasste, ob denn (der sozialdemokratische) Stich und (der rechtsfreisinnige) Rüesch wohl der gleichen Partei angehörten. Wohl eher war der nahende Termin der Bundesratswahlen mitverantwortlich für die ungewohnten bundesrätlichen Streicheleinheiten.

Probleme mit der Einordnung des St. Galler FDP-Ständerates hatte indessen auch das Generalsekretariat der Bundesversammlung, das den Sitz Nr. 28 «Rüesch SG» mit einem «C» versah, gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur CVP. □



Karikatur Andreas Töns

Abbau des Pendenzenberges

Die Sondersession der eidgenössischen Räte stand ganz im Zeichen des Abbaus des mittlerweile stark angewachsenen Pendenzenberges. Im Vordergrund des Interesses lagen dabei die Revision des Urheber- und Lebensmittelgesetzes und die Beratung der Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug».

**Nationalrat
Gerold Bührer (SH)**

Mit dem Urheberrecht sollen bekanntlich einerseits geistige Leistungen geschützt, andererseits aber auch praktikablere Regeln für die kommerzielle Weiterverbreitung verankert werden. Dieses Spannungsfeld zwischen den Urhebern und Nutzern von Werken, und zwar nicht nur aus dem Bereich der Kunst, sondern auch aus dem wirtschaftlichen Umfeld, war zweifellos ein Hauptgrund für das jahrelange Hinauszögern dieser Revision.

Dazu kommt, dass die neuen Möglichkeiten der Reproduktion geistiger Leistungen, sei es in der Literatur und Musik oder bei Computerprogrammen, ein zusätzliches Problem geschaffen haben. Nachdem eine Vorlage des Bundesrates für die Revision dieses aus dem Jahre 1922 stammenden Gesetzes 1984 wegen der fehlenden Regelung für Computerprogramme zurückgewiesen worden war, ist nun diesen neuen technischen Errungenschaften zur Weiterverbreitung von Wissen Rechnung getragen worden.

Bibliotheksrapen

Im Vorfeld der parlamentarischen Behandlung haben sich sowohl die Urheber wie auch die verschiedenen Vertreter der Nutzer von Werken stark für ihre Interessen engagiert. Der Bibliotheksrapen, welchen der Ständerat auch für die unentgeltliche Ausleihung von Büchern und Kassetten postulierte, stiess dabei auf eine besonders vehemente Opposition. Es wurde geltend gemacht, dass dadurch die vielfach mit grossem Idealismus geführten Bibliotheken zusätzlich belastet würden. Auch bezüglich der Benutzerstruktur müssen bei einer solchen Re-



Nationalrat Gerold Bührer.

gelung vor allem jüngere und in der Ausbildung stehende Personen mit einer Mehrbelastung rechnen. Der Nationalrat hat daher mit 100 zu 52 Stimmen den Bibliotheksrapen gestrichen.

Folgerecht

Zu grossen Diskussionen führte auch die beabsichtigte Einführung des Folgerechts, welches dem Künstler oder seinen Erben einen Anteil an der Weiterverbreitung von Kunstwerken gewähren würde. In der ständerätlichen Fassung wurde ein Satz von fünf Prozent postuliert.

Auch wenn in zahlreichen Ländern Europas ein solches Folgerecht eingeführt wurde, überwog schliesslich das Argument, wonach mit einer solchen Abgabe der Auktionsstandort Schweiz erheblich an Attraktivität einbüßen würde. Bezüglich der Konkurrenzfähigkeit der Schweiz ist vor allem auf Grossbritannien, die USA und Japan hingewiesen worden, welche eine solche Abgabe nicht kennen und sich nicht zuletzt deshalb zu bedeutenden Auktionsplätzen entwickeln konnten. Seitens der FDP-Sprecher François Loeb BE und Ernst Mühlemann TG wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass ein solches

Folgerecht in erster Linie für die Künstler selbst kontraproduktiv wäre.

Mit jeweils grossen Mehrheiten wurde schliesslich der Erhebung einer Leerkassettenabgabe sowie der Verlängerung der Dauer für den Urheberschutz von fünfzig auf siebzig Jahre zugestimmt.

Lebensmittelgesetz

Nach einer einmal mehr langen Vorbereitungszeit von über 15 Jahren konnte der Nationalrat als Zweitrat die Revision des Lebensmittelgesetzes behandeln, welche den Schutz der Gesundheit und die Verhinderung der Täuschung zum Ziel hat. Gesamthaft betrachtet haben sich immer wieder Fronten zwischen Anhängern starker staatsinterventionistischer Lösungen und vermehrt auf Eigenverantwortung und Marktkräfte vertrauenden Gruppierungen ergeben.

Nach längerer Diskussion stimmte der Rat trotz Bedenken von bäuerlicher Seite dem Einbezug der landwirtschaftlichen Produktion sowie im weiteren auch der importierten Lebensmittel mit grosser Mehrheit zu. Ungeachtet der Nichtvereinbarkeit mit Gatt-Bestimmungen und dem europäischen Recht sowie der mangelnden Kontrollierbarkeit überwog bei der Unterstellung inländischer Lebensmittel das Anliegen der gleichlangen Spiesse für die ausländischen Produzenten.

Sozusagen als Vorgeschnack zu den Zwillingssinitiativen entfachte sich eine

harte grundsätzliche Auseinandersetzung um die vorgesehene Werbebeschränkung, welche den Bundesrat ermächtigt, bei speziell an die Jugend gerichteter Werbung für Alkohol und Tabak Einschränkungen aufzuerlegen. Einer solchen Beschränkung in der leicht abgeschwächten Fassung der Kommission wurde schliesslich mit 126 zu 98 zugestimmt.

Waffenplätze

Unverändert blieben die Fronten bei der Behandlung der Initiative «40 Waffenplätze sind genug», welche die grosse Kammer schliesslich mit einem deutlichen Mehr von 111 zu 55 Stimmen zur Ablehnung empfahl.

Bundesrat Villiger, dessen Bestreben, die Abstimmung noch diesen Herbst durchzuführen und bis dann mit der Errichtung von Bauten zuzuwarten, sehr begrüsst wurde, wies einmal mehr auf den irreführenden Titel dieses Volksbegehrens hin. Der Armee geht es nach Villiger in keiner Weise darum, die Zahl der Waffenplätze über 40 hinaus zu vermehren. Im Gegenteil, der Vorsteher des EMD schliesst eine Reduktion überhaupt nicht aus. Dagegen würde die Initiative – und dies ist der entscheidende Punkt – den Ersatz von Bauten, um das es bekanntlich beim Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen geht, ausschliessen.

Von den bürgerlichen Parteien wurde die Stossrichtung der Initiative, welche unserer Landesverteidigung im zentralen Bereich der Ausbildung auf Raten den Boden unter den Füßen wegziehen will, vehement kritisiert. □



Freisinnige Zwischenbesprechung im Nationalrat: (von links) Oscar Fritschi (ZH), Trix Heberlein (ZH), Duvi Bezzola (GR), Fraktionspräsident Pascal Couchepin (VS) und Christian Miesch (BL). (Photo ruti)